

Volksstimme

zugleich Volksstimme für Bielitz

Geschäftsstelle der „Volksstimme“ Bielitz, Republikanstra. Nr. 4. — Telefon Nr. 1294

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Pommern-Schlesien je mm 0,12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0,15 Zlp. Anzeigen unter Text 0,60 Zlp. von außerhalb 0,80 Zlp. Bei Wiederholungen: — tarifliche Ermäßigung. —

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 30. 6. ca 1,65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte Kronprinzstraße 6, sowie durch die Kolporteurs

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29).

Postfachkonto P. R. D., Filiale Kattowitz, 300174.

Fernsprech-Anschluß: Geschäftsstelle sowie Redaktion Nr. 2097

Nazi-Überfall auf den „Vorwärts“

Die nationalsozialistischen Mordbanden werden immer frecher — Die Folgen der Hezke Dr. Goebbels Abwehr der Arbeiterschaft — Mehrere Verwundete — Protest der Sozialdemokratie bei Hindenburg Wo bleibt die Verfassung?

Berlin. Am Sonnabend nachmittags drangen etwa 50 uniformierte Nationalsozialisten in den Hof des „Vorwärtsgebäudes“, wo sich die Redaktion befindet und versuchten einen Sturm auf den Eingang. Sie wurden vom Hauschutz, welcher aus dem Personal der Druckerei besteht, hinausgeworfen, wobei es zu Schießereien durch die Nationalsozialisten kam und hierbei ist ein Reichsbannermann schwer und zwei weitere leicht verletzt worden, so daß sie ins Krankenhaus überführt werden mußten. Auf dem Belle Allianceplatz kam es dann zu weiteren Zusammenstößen zwischen Nazis und Publikuum, als die Nazis einen Propagandawagen des „Vorwärts“ anhielten und umzustürzen versuchten.

Bevor das Überfallkommando einschreiten konnte, sind die Nazis unerkannt verschwunden. Der Überfall ist auf die beispiellose Hezke des Dr. Goebbels in seinem „Angriff“ zurückzuführen, der hier gegen die Sozialdemokratie betrieben wird. Eine Nachforschung der Polizei beim Vorwärtspersonal hat ergeben, daß diese keine Waffen besitzt. Die Nationalsozialisten, die bisher immer behauptet haben, daß sie von Kommunisten provoziert werden, beweisen mit dem Überfall auf die „Vorwärts“-Redaktion, daß sie die eigentlichen Provokateure sind. Wie aus sozialdemokratischen Arbeiterkreisen berichtet wird, macht man sich auf eine Entscheidung bereit, falls der Innenminister Gahl und der Reichspräsident in den nächsten Tagen nicht gegen die nationalsozialistische Mordpest eingreift.

Die Redaktion des „Vorwärts“ teilt mit: „Am Sonnabend zwischen 16 und 17 Uhr wurde ein Propagandawagen der Sozialdemokratischen Partei in der Friedrichstraße in der Nähe des Belle-Alliance-Platzes von einem Hausen uniformierter Nationalsozialisten, die von der Hedemannstraße herangeführt waren, überfallen und die Insassen verprügelt. Im Anschluß daran stürmte eine Menge von 150 bis 200 Nationalsozialisten auf ein Pfeifensignal hin vom Halleschen Tor und vom Belle-Alliance-Platz her auf den Eingang der Lindenstraße zu. In der Lindenstraße wurden mehrere Personen, die das Abzeichen der Eisernen Front trugen, überfallen und geschlagen. Der nationalsozialistische Haufe drang in den Vorweg des „Vorwärts“-Gebäudes ein und bis zum ersten Hof vor. Es kam im Vorweg zu einem wilden Durcheinander zwischen den eindringenden Nationalsozialisten und dem Hauschutz des „Vorwärts“. In diesem Handgemenge fielen Schüsse, von denen zwei Reichsbannerleute und ein Nationalsozialist verwundet wurden. Der Nationalsozialist erhielt einen Bauchschuß, der eine Reichsbannerfrau einen Bedenschuß, der andere einen Streifschuß am Ohr. Überfallwagen der Polizei griffen ein und die Polizei gestreute die angreifenden Nationalsozialisten.“

Sozialdemokratischer Protest bei Hindenburg

Berlin. Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat, wie die „Welt am Montag“ meldet, am Sonntag dem Reichspräsidenten folgendes Schreiben übermittelt: „Sehr geehrter Herr Reichspräsident! Gestern, Sonnabend, nachmittags um 5 Uhr, überfielen uniformierte SA-Leute in der Friedrichstraße einen Propagandawagen unserer Partei und schlugen einen unserer Zeitungshändler. Im Verlaufe des Handgemenges drangen sie in das „Vorwärts“-Gebäude ein, wobei es zu schweren Zusammenstößen mit dem Hauschutz und mehrfachen Verletzungen kam. Wie es zu solchen Überfällen kommt, darüber gibt Auskunft die nationalsozialistische Zeitung „Der Angriff“, der am Mittwoch dieser Woche schrieb: „Sie sollen sich nicht so sicher fühlen in ihren Parteibüros und in ihren Redaktionsstuben, im Liebknechtshaus, in der Lindenstraße, bei Ulstein, bei Woffe und bei Steinthal!“

Das ist eine direkte Aufforderung zu den Überfällen, wie sie sich jetzt ständig wiederholen. Sie stehen in tristem Gegensatz zu Ihrer Erwartung, Herr Reichspräsident, die Sie bei Erlass der letzten Notverordnung kundgetan haben, daß nach der Aufhebung des SA-Verbots Gewalttätigkeiten unterbleiben würden. Da sie damals versicherten, mit allen verfassungsmäßig zustehenden Mitteln gegen



Im österreichischen Bundesrat präsidiert eine Frau

Die steiermärkische Abgeordnete, Frau Kubel-Zemmel, wurde vom österreichischen Bundesrat zu seinem ersten Präsidenten gewählt.

Ausbreitungen jeder Art vorgehen zu wollen, erlauben wir uns, Sie auf diese trassen Ausbreitungen der uniformierten SA-Leute von der Nationalsozialistischen Partei aufmerksam zu machen.“

Von diesem Schreiben ist dem Reichsinnenminister von Gahl Kenntnis gegeben worden, zugleich mit dem Erluchen, einen Termin zu nennen, an dem die zahlreichen Beschwerden über SA-Ausbreitungen persönlich vorgetragen werden können.

Der Führer des antifaschistischen Kampfbundes in Landsberg erschossen

Landsberg. In der Nacht zum Sonntag wurde der Führer des „Roten Antifaschistischen Kampfbundes“ nach Verlassen des Verkehrslokals der APD von unbekannten Tätern erschossen. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

Rücktritt des portugiesischen Kabinetts

Lissabon. Der portugiesische Ministerpräsident Da Costa Oliveira erklärte am Sonnabend dem Präsidenten Carmona den Rücktritt des gesamten Kabinetts. Das Rücktrittsgesuch wurde angenommen, jedoch das Kabinett mit der Weiterführung der Geschäfte bis zur Annahme des Haushalts und der Ernennung des neuen Kabinetts beauftragt.

Nach dem Umsturz in Siam

Ruhe im Lande. London. Wie aus Bangkok gemeldet wird, ist die Lage in ganz Siam nach Ausrufung der konstitutionellen Monarchie ruhig. Die gefangenen Prinzen und hohen Beamten werden immer noch als Geiseln von den Aufständischen zurückgehalten. Der König und die Königin sind auf einem Kriegsschiff unterwegs nach Bangkok.

Explosion in der Marinewerft von Tokosufa

Bier Tote, 11 Verletzte. Tokio. In der Marinewerft in Tokosufa erfolgte eine Explosion, wobei vier Arbeiter getötet und 11 weitere zum Teil schwer verletzt wurden.

Faschistischer Vorstoß?

Berlin, den 25. Juni 1932. Wollte man sich über die Ereignisse in Deutschland aus der polnischen Presse das Urteil bilden, so wäre es ein gewagtes Unternehmen, die deutsche Reichsgrenze zu überschreiten, geschweige sich nach dem Innern Deutschlands zu begeben. Daß durch die Aufhebung des Verbots der Hitlerbanditen die innerpolitische Situation eine Verschärfung erfahren hat, kann leider nicht bestritten werden und die zwischen Bayern und der Reichsregierung schwebenden Konflikte, bezüglich dieser Maßnahmen, erwecken selbst bei Betrachtung der Reichspressen den Eindruck, als wenn man in Deutschland mit allen Mitteln den Bürgerkrieg vorbereitet. Deutschland befindet sich im Anfangsstadium eines Wahlkampfes, der darüber zu entscheiden hat, ob die Republik noch Daseinsberechtigung hat oder die Vorbereitungen zum „Dritten Reich“ geschaffen werden, was an sich nichts anderes bedeutet, als die Rückkehr der Monarchie, wobei es noch nicht einmal feststeht, daß es gerade die Dynastie der Hohenzollern sein wird. Wenn man nicht aus der Presse von den Vorgängen an der Peripherie Berlins etwas erfahren würde, so könnte man aus dem Leben im Zentrum dieser Reichshauptstadt keineswegs den Eindruck gewinnen, daß sich hier Entscheidungen um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes vorbereiten. Allerdings überwiegen auf den Straßen die Uniformen der Hitlerbanditen, hier und da auch Abzeichen des Reichsbanners, einige kommunistische Abzeichen, während gewöhnlich Grabesstille in Straßenbahn, Autobus und Untergrundbahn herrscht, wenn einer der Träger dieser Abzeichen unfällig diese Verkehrsmittel betritt oder benutzt und politische Gespräche in dieser Richtung werden fast gar nicht geführt, man geht geflüstert jeder Provokation aus dem Wege.

Spricht man mit irgend jemandem oder versucht Antwort zu erhalten, so ist es auffällig, daß sich die meisten auf das Gebiet der Neutralität begeben, als wenn ihnen der Kampf der Parteien höchst nebensächlich wäre und die Uniformen der Nazis haben zweifellos dazu beigetragen, daß die Spießer und die sogenannten demokratischen Bürger diesen Kampf ausschließlich der Arbeiterschaft überlassen. In den Arbeitervierteln ist schon die Stimmung ganz anders. Hier überwiegt der Ruf „Freiheit“ und „Heil Moskau“, die Hitlerjünger wagen es nicht in die Bezirke zu kommen und wenn sie erscheinen, dann gibt es Zusammenstöße, gegen die die Schupo machtlos ist. Man kann sich aber nicht des Eindrucks verwehren, als wenn die Nationalsozialisten bewußt diese Bezirke aufsuchen, um zu provozieren und daß den Extremisten von links, dies gerade eine willkommene Gelegenheit ist, zu beweisen, daß „Rot Front“ lebt, und daß die kommunistische Partei in ihrer politischen Verolebung diesen „Überfallkurs“ duldet und ihn zu einem Verbot der R. P. D. ausnutzen will, um sich der Wahlentscheidung zu entziehen. Das heftige Beispiel, wobei die Kommunisten und ihre Hilfsstapfen von der „Sozialistischen Opposition“ über 35 000 Stimmen verloren, warnt die APD, und es unterliegt keinem Zweifel, daß gerade die kommunistische Politik mit ihrem rückwärtsigen Kampf gegen die Sozialdemokratie und das Veragen im Kampf gegen den Faschismus ihre Anhänger offen zu Hitler überlaufen läßt, was der kommunistischen Partei bei den Reichstagswahlen am 31. Juli große Verluste beibringen wird. Diesem nationalistischen Schlag will die APD, durch die Herbeiführung eines Verbots der Partei parieren. Es ist aber kaum anzunehmen, daß die Regierung der „Papenheimer“, den Kommunisten den Gefallen erweisen wird, da man dann den Aufstieg der Sozialdemokratie fürchtet, während doch der Kampf gegen die Kommunisten, denn gegen die Sozialdemokratie geführt wird.

Die Nationalsozialisten ihrerseits wissen, daß sie im offenen Kampf gegen das Reichsbanner oder besser gegen die „Eiserne Front“, kaum Sieger bleiben werden. Sie müssen also ihre Kräfte an den Kommunisten „erproben“, um ihren Geldgebern zu beweisen, daß es ihnen mit dem „Kampf gegen den Marxismus“ ernst ist. Ohne Zweifel nehmen die Auseinandersetzungen scharfe Formen an, und eine oberflächliche Betrachtung der Reichspressen aus der Provinz läßt den Eindruck offen, daß hier der Bürgerkrieg im kleinen Maß sich bereits vollzieht, jener Zustand, den wir in Polen aus den letzten Wahlen kennen, wo Behörden und Sicher-

heitsorgane merkwürdigerweise zu versagen scheinen. Aber jeder, der sich ein objektives Urteil bewahren will, muß selbst bei oberflächlicher Betrachtung den Eindruck gewinnen, daß die Regierung diesen Dingen gegenüber machtlos ist, daß hinter ihrem Rücken oder den politischen Kulissen, Kräfte wirken, die diesen Zustand gegen den Willen der „nationalen Regierung“ bewußt herbeiführen, den Bürgerkrieg wünschen, um an die politische Macht zu kommen, weil sie wohl wissen, daß die Reichstagswahlen den Nationalsozialisten keine Mehrheit bringen werden, selbst mit der „Harzburger Front“ nicht, und es fehlt im nationalsozialistischen Lager nicht an Stimmen, die zugeben, daß der Höhepunkt des Hilterschen Vormarsches beendet ist. Man denkt sich in die Zeiten der Aufstände in Oberschlesien und der Abstimmungszeit versetzt, wenn man die nationalsozialistische Presse studiert. Jeder Niederlage der Nazis bei Zusammenstößen oder Opfer aus ihren Reihen wird in der Presse so dargestellt, als wenn die Nazis schuldig wären und sie fordern offen die Regierung auf, die Hitlerbanditen als Sicherheitswehr durch die Regierung aufziehen zu lassen. Der affenartige Goebbels verkündet bereits, daß die Nazis kein Paradies geben, auch keinen wünschen, daß mit dem Eintritt des „Dritten Reichs“ Galgen und Standrecht, eine hervorragende Rolle in der Politik spielen werden. Wäre Deutschland ein Rechtsstaat, so müßte nach den Begriffen der Nationalsozialisten längst Reichswehr und wenn diese nicht ausreicht, die Hilterschen Sturmabteilungen eingesetzt werden, um Bayern und die Süddeutschen überhaupt zur Reason zu bringen.

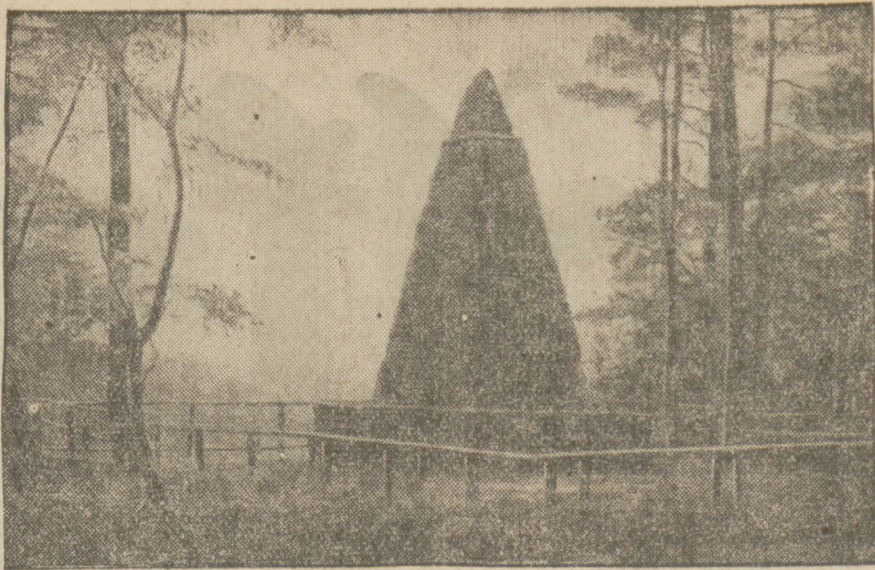
Darin hat Goebbels zweifellos recht, wäre in Deutschland wirklich eine republikanische Justiz, dann säßen die Hitler, Goebbels, Strasser und Konjorten, längst im Zuchthaus, nicht erst jetzt, sondern in dem Moment, wo Hitler als Zeuge vor dem Reichsgericht von der Notwendigkeit sprach oder sich dazu bekannte, daß beim Eintritt seines Regimes „Köpfe rollen“ müssen und werden. Doch die Justiz im Reich hat in einer Reihe von Fällen bewiesen, besonders wenn es um Arbeiter ging, daß sie sich ganz schon im Bereich des Hiltersregimes befindet und das eben ist es, was den Hitlerbanditen den Mut gibt, einzugreifen. Bürger und Republikaner in Angst zu halten, den Eindruck zu erwecken, als wenn es mit der Republik längst vorbei ist. Wir wiederholen, daß dieser Zustand nur deshalb diese Verschärfung erfahren hat, die gegenwärtige Regierung, mag sie selbst auch vom Gegenteil überzeugt sein, nichts anderes ist, als die Ausfühlerin des Programms Hitlers, welches dem Reichspräsidenten von den Schiebern hinter den Kulissen eingeflüstert worden ist. Alle Wünsche der Hiltermatadoren sind erfüllt, oder besser der Hintermänner Hitlers, denn er selbst gibt ja nur noch eine Jammerfigur ab, daß nicht einmal im Radio sprechen, wenn es infolge seiner politischen Dummheit seinen Auftraggebern nicht paßt, weil die Befürchtung nahe liegt, daß er etwas sagen könnte, was den Kulissenschiebern, mit Rücksicht auf die internationale Lage, nicht mehr ins Konzept paßt. In der Wahlpropaganda ist er ja zu gebrauchen, aber als „Staatsmann“, muß man ihn sehr vorsichtig behandeln, Hitler darf keineswegs außenpolitisch Porzellan zerbrechen. Das kommt gerade durch die Regierung der Papenheimer mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck.

Der Berliner Matador der Nationalsozialisten, der affenartige Goebbels, hat ja in einem vertraulichen Rundschreiben die Geheimnisse enthüllt. Die Regierung soll nicht bekämpft werden, da sie die nationalsozialistischen Wünsche erfüllt hat. Auflösung des Reichstages, Agitationsfreiheit für die Nazis im Radio, Aufhebung des Verbots der S. A. Banditen Hitlers, Freiheit für die Uniformen und jetzt außenpolitisch ein großes Versagen. Denn gerade alles das, was man den Erfüllungspolitikern zum allergrößten Vorwurf gemacht hat, daß sie deutsche Lebensinteressen nicht genügend vertreten, erfüllt gerade auf der Lausanner Konferenz die deutsche Delegation, nachdem sie schon damit abgereist ist, daß sie nur die Außenpolitik Dr. Brüning fortsetzen werde. Man weiß, daß der nationalsozialistische Kram ein großer Schwindel ist, daß jede Regierung Deutschland, wenn sie durch Sanktionen überrascht werden will, Erfüllungspolitik treiben muß, denn nur dann bestehen Aussichten, daß man Deutschland irgendwie entgegenkommt. Der Reichszankler hat weit mehr als alle „Erfüllungspolitiker“ anerkannt, und zwar auf das Recht Frankreichs, daß es Anspruch auf Entschädigung aus der Kriegszeit hat. Ein Zugeständnis, das die „nationale Presse“ im Reich gänzlich übersehen hat und jetzt nach dem Bekanntwerden im „Matin“ in Konstellation geraten ist. Die neue Regierung hat nicht, wie Reichszankler Müller gegen die „Kriegsschuldlinge“ oder dem „Erbfeind“ protestiert, sie hat bisher kein Wort von der Beseitigung des „Versailler Vertrages“ gesprochen, wogegen die Sozialisten aller Länder protestieren, im Gegenteil, man spielt „Staatsmann“ und der Reichszankler hat nicht etwa in deutscher, sondern in französischer Sprache mit dem „Erbfeind“ verhandelt, ja man geht von der gegenwärtigen Regierung sogar weiter und erkennt die „Rechtsmäßigkeit des Youngplans“ an und der deutsche Außenminister schüttelt ostentativ dem polnischen Außenminister die Hand, also jenem „Erbfeind“, der nach nationalen deutschen Begriffen nur vernichtet werden darf. Kaleski und Neurath begrüßen sich recht höflich, zu Hause heißt man den Völkern den Haß weiter predigen. Wir sehen, hier ist „Erfüllungspolitik“ auf der ganzen Linie, nur wird sie von „nationalen Kreisen“ gemacht.

Die Handlanger Hitlers verstehen ihr Werk. Aber in der Außenpolitik „republikanische Solidität“, im Innern vollkommen für Erfüllung des Hilterprogramms, die Tore weit offen für den faschistischen Vormarsch. Die Abwehr der Arbeiterklasse soll in einem weiteren Artikel geschildert werden, eines steht indessen fest, daß Hitler auf legalem Wege nicht ans Ruder kommen wird. Was die Reichstagswahlen Deutschland bescherten werden, das ist eine Volksvertretung, die unfähig zu jeder Arbeit sein wird und das wird auch der einzige Erfolg der Papenheimer sein. — II.

Neue polnische Kundgebungen in Danzig

Danzig. Am Sonnabend Abend ist es auf dem Danziger Hauptbahnhof sowie auf dem Zoppoter Bahnhof wiederum zu neuen polnischen Kundgebungen gekommen. Ein nicht angeordnet polnischer Militärtransport, der sich auf der Durchfahrt von Dirschau nach Gdingen befand, hatte auf dem Danziger Hauptbahnhof einen längeren Aufenthalt. Die polnischen Soldaten verließen den Zug und sangen polnische Lieder auf dem Bahnhof und stießen Schmährufe gegen Danzig aus. Dasselbe Schauspiel wiederholte sich in Zoppot. Die deutsche Bevölkerung verhielt sich diesen erneuten polnischen Kundgebungen gegenüber besonnen und zurückhaltend.



Ein Gedenkstein für den ersten Reichspräsidenten

Der Ebert-Gedenkstein bei Bollendorf.

Unter Teilnahme weiter Bevölkerungskreise wurde in Bollendorf-Sauer (an der deutsch-luxemburgischen Grenze) ein schlichter Erinnerungsstein für den ersten Reichspräsidenten, Friedrich Ebert, eingeweiht.

Schwere Kämpfe zwischen wallonischen und flämischen Frontkämpfern

Über 100 Verletzte und 120 Verhaftungen

Antwerpen. Am Sonntag vormittags fand in Antwerpen ein öffentlicher Umzug der ehemaligen wallonischen Frontkämpfer statt, wobei es zu starken Tumulten kam, als die flämischen Frontkämpfer eine große Gegenkundgebung veranstalteten, die bedeutend mehr Teilnehmer aufwies, als die wallonische. Eine große Anzahl Polizeibeamter zu Pferde und zu Fuß sowie Militär war aufgeboten worden. Die erste flämische Gegenkundgebung fand statt, als der Zug der wallonischen Frontkämpfer sich in Bewegung setzte, wobei es zu heftigen Zusammenstößen der beiden Gruppen kam. Die Gen darmen gingen mit Säbeln gegen die Kämpfenden vor, wodurch mehrere Flamen verletzt wurden. Der Umzug konnte erst mit einer Verspätung von einer Stunde beginnen. Als der Umzug der wallonischen Frontkämpfer schließlich stattfand, wurden die Teilnehmer von den flämischen Frontkämpfern, zu denen sich noch die flämischen Nationalisten gesellt hatten, mit Eiern beworfen und andauernd ausgepöffelt. Als Gegenkundgebung sangen die Flamen die flämische Nationalhymne. Die Flamen drangen in die Reihen der wallonischen Frontkämpfer mehrmals ein und versuchten den Zug zu sprengen. Vielfach

wurden den wallonischen Frontkämpfern die militärischen Auszeichnungen abgerissen. Jedesmal mußten die Gendarmen zum Säbel greifen, wobei es immer wieder Verletzte gab.

Infolge der flämischen Gegenkundgebung wurden die wallonischen Frontkämpfer, unter denen sich mehrere Generale und viele Offiziere in Uniform befanden, in kleineren Gruppen unter polizeilichem Schutz nach dem Bahnhof gebracht. Die flämische Bevölkerung aber setzte die Gegenkundgebungen ungeachtet des polizeilichen Verbots in den Straßen Antwerpens fort, wobei Polizei und Gendarmerie die Menge auseinandertrieb. Unter den Flamen werden über 100 Verwundete gezählt. Die Kundgebung der wallonischen Frontkämpfer hat in Antwerpen große Erregung hervorgerufen.

Antwerpen. Bei den Zusammenstößen zwischen wallonischen und flämischen Frontkämpfern in Antwerpen sind rund 100 Personen verletzt worden. — 120 Personen wurden von der Polizei verhaftet, 30 Verhaftungen wurden aufrecht erhalten.

Lausanne vor der Entscheidung?

Wieder deutsch-französische Verhandlungen — In Erwartung der Erklärungen Herriots und des Reichszanklers

Lausanne. Der Sonntag ist in seinem äußeren Verlauf auf der Konferenz außerordentlich ruhig verlaufen. Irgendwelche Zusammenkünfte oder Besprechungen zwischen den Führern der Abordnungen haben nicht stattgefunden. Die meisten Staatsmänner benutzten die schöne Lausanner Umgebung und das schöne Wetter nach den Regentagen der letzten Woche zu Ausflügen in die Nähe von Lausanne. Innerhalb der deutschen Abordnung fanden jedoch, fortlaufend eingehende Besprechungen und Beratungen statt, in denen die am Montag stattfindenden Sitzungen vorbereitet wurden.

Man ist sich auf deutscher Seite vollständig im Klaren, daß man mit der auf Montag nachmittags stattfindenden dritten deutsch-französischen Sitzung in den entscheidenden, voraussichtlich abschließenden Abschnitt eintreten wird. Nachdem die ersten 10 Tage der Konferenz ausschließlich dazu gedient hatten, die tatsächliche Notlage der deutschen Finanzen und Wirtschaft darzustellen, stehen nun die unmittelbaren Entscheidungen bevor. In der Montagssitzung wird die deutsche Abordnung nochmals die Unmöglichkeit weiterer deutscher Tributzahlungen erklären. Damit sind unmittelbare Entscheidungen jetzt nicht mehr weiter hinauszuzögern. Welchen Standpunkt die französische Regierung annehmen wird, ist bisher noch völlig unklar, da in sämtlichen bisherigen Verhandlungen die französische Regierung in keiner Weise zu verstehen gegeben hat, welches ihre endgültigen Forderungen sind. Die kommenden Tage der nächsten Woche werden auf der Konferenz jedenfalls von außerordentlicher Tragweite sein. Ueber den Ernst der Lage und die jetzt bevorstehenden entscheidenden Kämpfe ist man sich auf deutscher Seite vollständig im Klaren. Die Reichsregierung hält nach wie vor an ihrem Standpunkt fest und wird diesen auch weiterhin mit allem entscheidenden Nachdruck vertreten.

Gemeinsame europäische Kreditkasse?

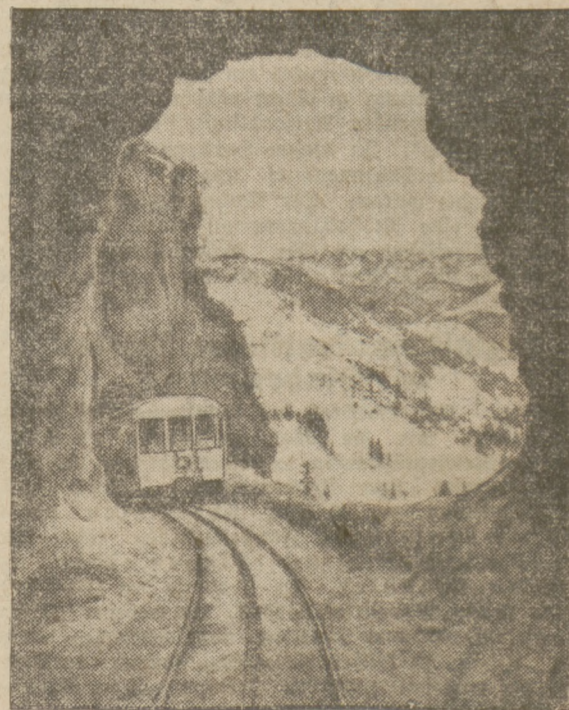
Neuer großer Finanzplan eines „hohen Völkerbundsbeamten“.

Genf. Ein hiesiges französisches Kreisen nahestehendes Blatt teilt in sensationeller Aufmachung heute mit, daß ein hoher Völkerbundsbeamter, hinter dem man den französischen stellvertretenden Generalsekretär Avenol vermuten dürfte, einen großen Finanzplan entworfen und eine entsprechende Denkschrift nach Rücksprache mit mehreren europäischen Außenministern allen Teilnehmern an der Lausanner Konferenz zugeleitet habe. Der Plan solle die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Kreditkasse vorschlagen.

Diese Kasse soll zu einem Teil aus dem Saldo deutscher Zahlungen — sobald Deutschlands wirtschaftliche Lage Zahlungen wieder erlaube — und zum übrigen aus Einzahlungen aller anderen Länder bestehen, und zwar auf einem selbstwählenden Hundertjahr ihrer Zolleinnahmen, sowie aus Ueberflüssen ihrer Handelsbilanz. Diese Summen sollen dann zu Krediten für geldbedürftige Länder verwandt und die Ver-

waltung der Kasse einer vom Völkerbundsrat einzusehenden Körperschaft übertragen werden.

Sollte die Nachricht von dem Bestehen und der Uebermittlung eines solchen Planes auf Wahrheit beruhen, so scheint es nicht schwer, diesem ein ähnliches Schicksal vorauszusagen, wie dem in den letzten Tagen in Lausanne häufiger genannten belgischen Plan. Da nämlich der Plan des ungenannten „hohen Völkerbundsbeamten“ von der Voraussetzung einer Wiederaufnahme deutscher Zahlungen ausgeht, entfernt er sich allein dadurch so sehr vom Boden der Tatsachen, daß seine weitere Erörterung nicht verlohnt.



Vor 20 Jahren wurde die erste deutsche Gebirgsbahn eröffnet

Blid durch einen Felstunnel auf die Wendelstein-Bahn und das herrliche Alpen-Panorama. — Die erste deutsche Gebirgsbahn, die von dem bayerischen Städtchen Brannenburg (bei Rosenheim) auf den 1840 Meter hohen Wendelstein führt, kann auf ein 20 jähriges Bestehen zurückblicken. Die Fahrt auf der bis zu 25 Grad ansteigenden Strecke bietet in abwechslungsreicher Fülle Alpen-Panoramen von erschütternder Großartigkeit.

Polnisch-Schlesien

Der „Feind“ in Hohenlinde

Hohenlinde war in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag der Schauplatz großer kriegerischer Handlungen der schlesischen, also der richtigen Aufständischen. Auf der Hohenlinde vorgelagerten Peterwiese sammelten sich die Heeresmassen der Aufständischen aus Hohenlinde, Schlesiengrube und Umgebung. Der Kriegsrat trat zusammen und gab folgende Kriegslage bekannt: Der „Erbfeind“ hat heiligen polnischen Boden betreten und hält Hohenlinde besetzt. Die Hunnen müssen unter allen Umständen vertrieben und Hohenlinde vom Feinde gesäubert werden. Nachdem die Armeen in Abteilungen geteilt war, wurden den Truppen, die auf den Kampf nur so brannten, der Befehl zum Angriff gegeben. Wie Hindenburg bei Tannenberg griffen die mutigen Scharen von allen Seiten an. Der Generalangriff begann um 11.30 Uhr und dauerte bis 12.30 Uhr. In den Straßen legte ein mörderisches Gewehrfeuer ein, was zeitweise wie das Knattern der Maschinengewehre sich anhörte. Man bedachte, mitten in der Nacht dieser Höllenpektakel. Wo blieb die Polizei, um diesen ruhestörenden Lärm zu verbieten?

Die friedlichen Hohenlinder wurden aus dem Schlafe geschreckt und eilten, manchmal nur notdürftig bekleidet, auf die Straßen, um sich das Kampfgewoge anzusehen. Die Bemerkungen dieser in der Nachtruhe gestörten Menschen waren durchweg nicht anerkennend. Jemand sagte, die Sache mit dem Feind wäre nur ein Vorwand. In Wirklichkeit will man feststellen, wie lange es dauert, bis alles auf den Beinen ist. Sollte dies stimmen, so ist dieses Unterfangen reiflos geglückt. Die Kinder schrien, das Rindvieh im Stalle brüllte, und selbst die Hähne krächten, da sie wohl annahmen, der „jüngste“ Tag ist da. Nur die Dorfköter bellten nicht, sie heulten, nur weiß man nicht weshalb.

Kurz, es gab in dieser Nacht in Hohenlinde wohl kein Lebenszeichen, das nicht gemerkt hätte, daß „sie“ da sind. Und das wird wohl auch so nebenbei beachtet gewesen sein. Alle sollen wissen, daß „sie“ noch da sind und alles ruhig schlafen kann, d. h., wenn nicht geschossen wird. Es wurde lebhaft darüber diskutiert, weshalb die Schlacht „nur“ eine Stunde gedauert habe. Die Schlachtenbummler, welche in der vordersten Front mitgemacht haben, behaupteten, der Gegner war zu feige, weil er der Entscheidungsschlacht auswich. Andere waren der Meinung, der Feind zog sich zurück, um die Hohenlinder nicht noch mehr auszuregen. Wieder andere vertraten die Ansicht, der Mut „unserer“ Aufständischen hätte dem Feind derart imponiert, daß er in kopfloser Flucht das Weite suchte. In diesem Falle ist doch wieder nicht das von der Leitung dieser „Uebung gestreckte Ziel erreicht worden: Kampf bis zur reiflichen Vernichtung des Gegners. Nach dem Siege wurde zum Sammeln „gepfiffen“. Der Kommandierende gab bekannt, daß die Schießereien für „heute“ beendet sind und daß jetzt nach Schlesiengrube marschiert wird, um am Powszandendenkmal zu desfilieren.

Es ist durchaus zweifelhaft, daß die Hohenlinder nach Abmarsch der Tapferen dem Philosophen zugestimmt haben, der da sagt: „Es freue sich, wer, neu belebt, den frischen Blick zur Sonne erhebt.“ Daß von siegesfrohen Truppen auf dem Marsche gesungen wird, braucht wohl nicht erst gesagt zu werden. Auch sind wir der Ansicht, daß Kriegserfolg nicht für Töchtererschülerinnen bestimmt ist. Doch was hier dem Ohr geboten wurde, ließ sogar Männer aufhören, die in bezug auf robustes Empfinden die harte Schule des Krieges nebst dito Gefängen mit Erfolg absolviert haben. Die Aufständischen besangen „Taten“, die in Gemeinamkeit mit dem weiblichen Geschlecht unter normalen Umständen nur im Verborgenen vollbracht werden. Das hat doch mit dem „freudigen Schaffen“ wirklich nichts zu tun, oder doch? Aber bestimmt ist die „moralische Sanierung“ hier nicht richtig angewandt! Also, verehrte Feldherren, mehr Rückblick auf zarte Gemüter. — Nun eine kleine Betrachtung. Bei der dritten elementaren Erhebung des schlesischen Volkes hat Herr Korjanty behauptet, die Waffen, die damals sofort zur Stelle waren, sind von deutschen Orgelbanden und ähnlichem Gelichter käuflich erworben worden. Woher hatten die Aufständischen die zirka 300 Gewehre, mit welchen sie diesen nächtlichen Anzug vollbrachten? Doch nicht etwa von Hitler?! Wir haben über die „Kulturarbeit“ einer Organisation eine andere Ansicht. Laßt das dumme Kriegsspiel. Erzieht das Volk zur friedlichen Zusammenarbeit, gebt ihm Arbeit und Brot! —

Entrichtung der Anerkennungsgeldern an die deutsche Knappschaft läuft mit dem 31. Dezember 1932 ab

Nach einer Bekanntmachung der Verwaltung der Knappschaft in Tarnowitz erlischt das getroffene Abkommen betr. der rückständigen Anerkennungsgeldern zwischen ihr und der Reichsknappschaft mit dem Ende dieses Monats. Der Eingabe um eine weitere Verlängerung dieses Abkommens wurde seitens der Reichsknappschaft nicht stattgegeben, doch wurde Entgegenkommen soweit gezeigt, indem die Begleichung der Anerkennungsgeldern endgültig bis zum 31. Dezember dieses Jahres verlängert wurde und es nach Ablauf dieser Zeit nicht mehr verlängert wird. Die Verwaltung der Knappschaft in Tarnowitz hat sich in ihrer Sitzung am 13. Juni mit dieser Angelegenheit befaßt und ihrerseits das gegenwärtige Abkommen auch bis zum Ende d. J. verlängert. Nachdem damit gerechnet werden kann, daß die Reichsknappschaft nach Ablauf dieses Termines einer weiteren Verlängerung nicht mehr zustimmen wird, so werden die früheren Mitglieder deutscher Knappschaften und die jetzt in Polen ihren Wohnsitz haben, die rückständigen Anerkennungsgeldern bis zu dieser Zeit noch entrichten müssen, da es nicht feststeht, ob bis zu dieser Zeit das polnisch-deutsche Versicherungsabkommen vom 11. Juni 1932 in Kraft treten wird. In dem Abkommen ist die Niederschlagung rückständiger Anerkennungsgeldern vorgesehen. Angeführtes Abkommen ist seitens der polnischen Behörden bereits bestätigt worden, der Deutsche Reichstag hat es bis jetzt noch nicht genehmigt. — Da es sich um verhältnismäßig hohe Beiträge handelt, — 100 bis 150 Zloty —, so wird den früheren Mitgliedern deutscher Knappschaften empfohlen, sich rechtzeitig Ersparnisse für die Rückzahlung bereitzulegen, damit die zu zahlenden Beiträge auch an die in Frage kom-

Betriebseinstellung, Streiks und Arbeiterreduktion in der schlesischen Schwerindustrie

Vor der Stilllegung der Ferdinandgrube — Streit in der Bismarck- und Falvahütte — Hilseruf der Belegschaften der Dheim- und der Myslowitzgrube — Lohnabbau und Arbeiterabbau Der Demobilisierungskommissar „demobilisiert“

In dem schlesischen Industriegebiet geht es jetzt mit Riesenschritten der Katastrophe entgegen. Jeden Tag finden beim Demobilisierungskommissar Konferenzen, in welchen über Arbeiterabbau, zur Abwechslung wieder über Stilllegung von Industriebetrieben, die schon Jahrzehntlang bestehen und glänzend prosperiert haben, beraten und beschlossen wird. Der Demobilisierungskommissar „demobilisiert“ die gesamte Schwerindustrie und man muß ihr sein lassen, denn er macht seine Arbeit gründlich.

Wird er noch ein Jahr auf seinem Posten ausharren, und weiter so gründlich „demobilisieren“, wie bis jetzt, dann wird die einst blühende Schwerindustrie zur Geschichte gehören. Das sind die Folgen der Wirtschaftspolitik, wie sie durch die Generaldirektoren und die Großgrundbesitzer verstanden und getrieben wird.

Sie sind die Diktatoren des Wirtschaftslebens geworden und ihr Diktat führt zum Ruin nicht nur des Wirtschaftslebens sondern zum wirtschaftlichen Zusammenbruch des gesamten polnischen Volkes.

Die Selbstverwaltung ist bedroht, die Existenz der Nation, des Staates ist bedroht und unsere Lenker sehen das nicht, sondern folgen blindlings dem Diktat der Potentaten.

Sie werden das bald einsehen, wenn der Rückweg abgeschnitten sein wird, aber dann wird es schon zu spät sein.

Wird beim Demobilisierungskommissar nicht über Stilllegung von Betrieben bzw. Arbeiterabbau beraten, so verhandelt man über Lohnabbau, was auf eins ausgeht, denn Lohnabbau und Arbeiterreduzierung das ist dasselbe. Die Löhne in Polen waren doch die niedrigsten in Mittel- und Westeuropa und ihr Abbau muß naturgemäß zu einer Pauperisierung des gesamten Volkes führen.

Der Belegschaft der Ferdinandgrube gekündigt.

Die Verwaltung der Ferdinandgrube hat der gesamten Belegschaft die Kündigung zugestellt, die am 12. Juli abläuft. Mitbin wird das große Kohlenwerk am 12. Juli stillgelegt. Das ist eigentlich nichts mehr Neues, denn die Absicht bestand schon lange, nur konnte man sich nicht entschließen, welche Grube stillgelegt werden soll, die Myslowitz- oder die Ferdinandgrube. Nun hat man sich entschlossen und hat

der Belegschaft der Ferdinandgrube gekündigt.

Aber die Myslowitzgrube bleibt auch nicht unberührt, denn auf der Myslowitzgrube wurde 1000 Arbeitern gekündigt. Eine Delegation der Stadttrada von Myslowitz weilte beim Direktor Breuer und dem Generaldirektor Schnapka, aber sie hat nichts ausgerichtet, da man ihr erklärte,

daß 1000 Arbeiter abgebaut werden müssen.

Die Stadtdelegation ist unverrichteter Dinge zurückgekehrt und will noch beim Demobilisierungskommissar und dem Herrn Wojewoden intervenieren, aber das wird nicht viel helfen. Der Direktor Breuer hat einen Anstellungsvertrag für die Dauer von 4 Jahren, weshalb man ihn für den Fall der Stilllegung der Myslowitzgrube nach Siemianowicz versetzen wollte. Da er sich einstweilen in Myslowitz ganz wohl fühlt, so wird man reduzieren und vorläufig bleibt die Grube noch in Betrieb.

Auf der Ferdinandgrube arbeiten 1800 Arbeiter, die alle zur Entlassung kommen werden. Man kann sich vorstellen, wie gereizt die Stimmung der Belegschaft der Ferdinandgrube sein muß, als sie erfahren hat, was ihr bevorsteht. Der Betriebsrat hat bei der Grubenverwaltung

auch sofort interveniert, aber erfolglos. Heute wird die Belegschaft zu dem Anschlag auf ihre Existenz Stellung nehmen, aber auch das wird nicht viel helfen. Man wird intervenieren, mit demselben Erfolg, wie auf der Kleophasgrube, da doch bekanntlich der Demobilisierungskommissar der Ansicht ist, daß bei Stilllegung des Industriebetriebes, er nichts ausrichten kann. Die Stadt Rattowitz wird durch diese Stilllegung sehr schwer betroffen, da in Rattowitz die meisten Industriebetriebe still liegen und jene, die noch arbeiten, feiern mehr, als sie produzieren.

Italienischer Streik in der Bismarck- und Falvahütte.

Im Zusammenhange mit dem Lohnabbau für die Eisenhütten, ist in den beiden Hüttenwerken am Sonnabend ein italienischer Proteststreik ausgebrochen. In der Bismarckhütte beteiligen sich alle Abteilungen am Streik, was zusammen

3000 Arbeiter betrifft.

Die Belegschaft der Falvahütte hat sich dem Proteststreik auch angeschlossen. Die Arbeiter verlassen die Betriebe nicht, aber sie arbeiten nicht. Die Aufregung unter der Arbeiterschaft ist sehr groß.

Die Belegschaft der Dheimgrube an den Wojewodschaftsrat.

Aus der Dheimgrube kommt ein Verzweigungsruf. Die Arbeiter haben zum größten Teil bei der letzten Lohnzahlung überhaupt keinen Groschen ausgezahlt bekommen, was darauf zurückzuführen ist, daß im Mai die Arbeiter zusammen nur 13 Arbeitstage hatten und deshalb war der Verdienst so minimal, daß nach Abzug der Sozialbeiträge die Arbeiter ohne einen Groschen Lohn nach Hause geschickt wurden.

Dort arbeiten gegen 2000 Arbeiter, die mittellos dastehen.

Sie bitten den Wojewodschaftsrat, aus den Wojewodschaftsmitteln für die Arbeiter einen Betrag bereitzustellen, damit die große Not der Arbeitermassen gelindert werden kann. Dieser Hilseruf wird nicht viel helfen, denn die gesamte Industriearbeiterschaft befindet sich in einer ähnlichen Lage, weil alle Industriebetriebe nur einige Tage im Monat arbeiten und die Wojewodschaft klagt auch bitter über Geldmangel.

Kündigung aller Angestellten der Königs- u. Laurahütte

Am 1. Juli erhalten alle Angestellten die Kündigung der beiden Hüttenwerke zugestellt, mit der Bemerkung, daß sie am 1. Oktober zu neuen Bedingungen angestellt werden können. Diese neuen Bedingungen, das wird der Abbau der Gehälter sein. Um wieviel die Gehälter abgebaut werden sollen, steht vorläufig noch nicht fest.

Konferenzen beim Demobilisierungskommissar.

Beim Herrn Maske fand vorgestern eine Konferenz über Angestelltenabbau in der Silesiahütte in Paruschowitz statt. Wohl hat der Arbeitsinspektor grundsätzlich den Angestellten Recht gegeben, aber die Entscheidung wurde vertagt. Weiter wurde über den Streik in den Hütten, Bismarck- und Falvahütte, mit den Betriebsräten verhandelt. Die Arbeiter beschwerten sich, daß sie durch den Schlichtungsanspruch über den Abbau der Akkordsätze geschädigt wurden. Der Arbeitsinspektor sprach sich gegen den Streik aus und verwies die Arbeiter auf den gesetzlichen Weg.

Messerschere am Rattowitzer Bahnhof.

Der Josef Czaja, von der ul. Markiecki aus Rattowitz, wurde am Rattowitzer Bahnhof, und zwar unweit des Gepätaufnahmeräumes, von einem gewissen Viktor P. aus Rattowitz mit einem Taschmesser erheblich am rechten Bein verletzt. Der Verletzte mußte nach dem städtischen Spital geschafft werden, wo ihm die erste ärztliche Hilfe zuteil wurde. Meinungsverschiedenheiten soll das Motiv zu der Schlägerei gewesen sein.

Motorrad gestohlen.

Zur Nachtzeit wurde aus einer Autosgarage, auf der ulica Powstancow in Rattowitz, zum Schaden des Ingenieurs Heins, das Motorrad, Marke „Praga“, im Werte von 2000 Zloty, gestohlen. Inzwischen konnte im Rattowitzer Südpark das gestohlene Motorrad, jedoch in vollständig demoliertem Zustand, vorgefunden werden. Nach dem Täter wird gefahndet.

Zalenge. (Mächtlicher Einbruch in eine Tischlerwerkstatt.)

Der Konrad Kotter aus Rattowitz machte der Polizei darüber Mitteilung, daß in der Nacht zum 24. d. Mts. in seine Tischlerwerkstatt, auf der ul. Wojciechowskiego, ein Einbruch verübt wurde. Die Täter stahlen dort Tischlerartikel im Werte von 800 Zloty. Vor Ankauf wird polizeilicherseits gewarnt.

Hohenlohehütte. (Steinwurf gegen einen Polizeibeamten.)

In Hohenlohehütte verursachte in betrunkenem Zustande der Josef Swientek Lärmjagen. Ein Polizeibeamter forderte den Ruhestörer zur Ruhe auf, was letzterer jedoch nicht bot. Der Wüterich hob einen Ziegel vom Boden u. schmeißte diesen gegen die Brust des Beamten. In der Notwehr machte der Polizist von seiner Waffe Gebrauch und verletzte damit seinen Angreifer an der Hand und im Gesicht.

mende deutsche Knappschaft überwiesen werden können. Sollte die Einrichtung nicht erfolgen, dann ist mit einem Verlust der dort erworbenen Anwartschaft zu rechnen. Bei Unklarheiten können sich die in Frage kommenden Personen an die Knappschaftsämter, Verbände oder direkt an die Verwaltung der Knappschaft in Tarnowitz wenden. m.

Rückkehr von Ferienkindern aus Rabla

Das „Rote Kreuz“ gibt bekannt, daß am Donnerstag, den 30. Juni, aus der Sommerfrische Rabla die nach dorthin verköstigten Kinder aus Tarnowitz, Rybnik, Welnowice, Koszdzin, Schoppinik, Zgoda, Godulla, Lublinik, Chorzow, Königshütte und Mikolaj, sowie auch diejenigen Kinder zurückkehren, deren Eltern besondere Zustellungen erhalten haben. Die Eltern sollen die Kinder am Bahnhof 3. Klasse, Bahnsteig 3, nachmittags um 17.55 Uhr abholen.

Rattowitz und Umgebung

Er wollte sein Mütchen kühlen.

Zwei junge Männer aus Schoppinik fanden sich an einem Abend beim Kartenspiel zusammen. Obgleich ohne Geldsack gespielt wurde, gerieten die beiden Freunde bald hart zusammen, da einer von ihnen mochte. Der Andere machte daraufhin kurzen Prozeß und beförderte den Mogler ansonst zur Tür hinaus. Dieser beschloß, sich grauam zu rächen. Er stellte sich spät abends in der Wohnung des Gegenspielers ein und verprügelte ihn, derweil er im Schlaf lag. Es handelte sich um arge Mißhandlungen und zudem um schwere Bedrohung. Gegen den rabiaten Wurschen wurde Strafanzeige erstattet. Der Fall kam vor dem Rattowitzer Landgericht zum Austrag. Der Angeklagte, es handelt sich um den 19-jährigen Wladyslaw Ch. aus Schoppinik, versuchte zwar die ganze Angelegenheit in einem anderen Sinne darzustellen, was ihm jedoch nicht viel nützte. Das Gericht erkannte den Beklagten wegen Bedrohung und schwerer Mißhandlung für schuldig, ließ jedoch mildere Umstände gelten. Die Strafe lautete auf einen Monat Gefängnis, bei Zubilligung einer Bewährungsfrist, für die Zeitdauer von 2 Jahren.

Genossen! Besucht nur Lokale, in welchen Euer Kampforgan der „Volkswille“ ausliegt und verlangt denselben!

Kurier und Afabund

Ein falscher Prozeßbericht

Vom „Afa-Bund“ wird uns geschrieben:
In der Beilage des „Oberschlesischen Kurier“ vom 18. und 19. d. Mts. (Nr. 138) brachte derselbe unter der Spitze „Afabund u. Sozialismus“, bemerkenswerter „Freispruch in einem Prozeß“, einen längeren Artikel, worin behauptet wird, daß der „Oberschlesische Kurier“ in einem vom Afa-Bund angeregten Prozeß freigesprochen wurde. Diese Behauptung entspricht nicht den Tatsachen, es ist nur die Klage des Afa-Bundes wegen formeller Fehler in der Klageschrift abgewiesen worden. Zur Sache selbst wurde nicht und konnte deshalb auch nicht verhandelt werden, weshalb Beweis- anträge auch nicht zugelassen worden sind. Kann man aber vom „Oberschlesischen Kurier“ Aufrichtigkeit und christliche Wahrhaftigkeit erwarten?

Aus einer Klagenabweisung, wegen formeller Fehler, macht der „Oberschlesische Kurier“ einen glänzenden Freispruch.
Wir werden den Gerichtsbeschuß veröffentlichen und dem „Oberschlesischen Kurier“ beweisen, daß er wie immer, so auch diesmal die Wahrheit auf den Kopf gestellt hat. Der „Oberschlesische Kurier“ kann es sich nicht verkneifen, anschließend an seinen falschen Prozeßbericht, weiter in gehässiger Weise gegen den Afa-Bund zu hetzen. Der „Oberschlesische Kurier“ hat es sich zur Aufgabe gemacht, den letzten Rest der deutschen Angestelltenbewegung nach dem Muster der Sanacja zu zerhacken. Ja, wir müssen sogar feststellen, daß sämtliche polnische Parteien der deutschen Angestelltenbewegung, wenn auch kein freundliches so doch immerhin ein duldsames Verhalten an den Tag legen, während der „Oberschlesische Kurier“ mit allen Mitteln gegen die deutsche Angestelltenbewegung Front macht. Selbst das niedrigste Mittel, und zwar das Denunzieren seiner deutschen Mitbürger, als Kommunisten und Sozialisten, ist ihm zur Erreichung seines Zieles recht. Warum diese feindselige Einstellung des „Oberschlesischen Kuriers“ gegen den Afa-Bund? Nun, weil es den „Oberschlesischen Kurier“ schmerzlich berührt, daß es ihm seit

immer noch nicht geglückt ist, eine rein katholische Angestelltenbewegung aufzuziehen, die sich seine Bedormundungen gefallen läßt. Am ärgerlichsten jedoch ist er darüber, daß der Afa-Bund, entsprechend dem § 4 seiner Satzung, welcher lautet: „Nationalpartei-politische und religiöse Bestrebungen sind ausgeschlossen“, streng darauf achtet, daß jedes Mitglied seine nationale, politische und religiöse Einstellung nur außerhalb des Verbandes ganz nach seinem Ermessen zum Ausdruck bringen kann. Nicht der Umstand, daß sich der Afa-Bund als freie Gewerkschaft, zur Durchführung seiner sozialen Aufgaben, frei von allen politischen und religiösen Richtungen, seinen geraden Weg geht, erregt den „Oberschlesischen Kurier“, sondern die Tatsache, daß gerade

die meisten deutschen Angestellten beim Afa-Bund organisiert sind.

Es ist lächerlich, einen Artikel, den das Afa-Bundorgan über die fortschreitende Industrialisierung Sowjet-Rußlands gebracht hat, als Beweis dafür anzuführen, daß der Afa-Bund eine sozialistische Organisation ist. Der „Oberschlesische Kurier“ hat sich ja auch in längeren Artikeln sehr lobend über Sowjetrußland ausgesprochen. Wir sind gern bereit, diesen Kurierartikel zur Gedächtnisstützung seiner Redaktion auch in anderen Tagesblättern zu veröffentlichen. Auch reaktionäre Zeitungen haben sich des öfteren in anerkennenswerter Weise über den Aufstieg Sowjetrußlands ausgesprochen. Die „Berliner Illustrierte“ (Demokratische Richtung) hat in letzter Zeit die allerschönsten Bildberichte über Sowjetrußland gebracht. Die gesamten Arbeiter- und Angestelltenvereinigungen, also auch die hiesigen christlichen Gewerkschaften, haben öffentlich festgestellt, daß die kapitalistische Wirtschaft verjagt hat und nicht berechtigt ist, die Wirtschaftsführung weiter beizubehalten. Das sind Tatsachen, die jedem Menschen heute genügend bekannt sind, nur dem „Oberschlesischen Kurier“ nicht. Wir wollen auch von ihm nicht verlangen, daß er sich den Zeitverhältnissen entsprechend an Wirtschaft und Volk anpaßt. Wir können ihm seine Weltabgeschlossenheit, „denn selig sind die Armen im Geiste“. So wollen wir auch dem „Oberschlesischen Kurier“ nicht übernehmen, daß es ihm unbekannt ist, daß die Zentrumsfraktion im Deutschen Reichstag gar oft in christlicher Eintracht mit den verhassten Sozialisten durch die und dünn gegangen ist, wenn es ihr Vorteile brachte. Wir müssen in anerkennenswerter Weise feststellen, daß sich die übrigen politischen Parteien darüber nicht aufgeregt haben. Aber das ist etwas anderes Bauen. Der Afa-Bund darf sich solche Anbiederung an die Sozialisten nicht erlauben, denn sonst bekommt der „Oberschlesische Kurier“ Gallensteine. Auf unsere Prozeßsache gegen den „Oberschlesischen Kurier“ kommen wir noch später zurück, da ein Urteil trotz gegenteiliger Behauptung des „Oberschlesischen Kurier“, überhaupt noch nicht gefällt worden ist und wir diese Angelegenheit noch gerichtlich weiter verfolgen werden. Bis dahin werden sich unsere Mitglieder durch den „Oberschlesischen Kurier“ nicht beeinflussen lassen, sondern nach wie vor für weiteren Zuwachs und die Entwicklung des Verbandes Sorge tragen. Wenn gleich auch bei uns in Polnisch-Oberschlesien die Wirtschaftskrisis den Gewerkschaften stark zusetzt, so wollen wir uns doch mit dem „Oberschlesischen Kurier“ freuen, daß uns Sowjetrußland mit seinen Aufträgen für die hiesige Industrie einigermaßen Trost für eine bessere Zukunft gegeben hat. Nach Rußland-Aufträgen halten wir ja jetzt alle ohne Unterschied der Partei und Religion sehnsüchtig Ausschau.

Afa-Bund.

Immer noch Emanuelsjegen

Eine Protestversammlung unter polizeilichem Schutz — Bojowla schückt auch — Vertuschungsmanöver Ein Niesenprozeß in Sicht — Wo steckt die Unmoral? — Ems ohne Ausflügler — Die „Polsta Zachodnia“ lügt — Prälat Bucher empfiehlt eine Pilgerfahrt

Die Sanacja-Richtung ist bemüht, die skandalösen Vorfälle auf dem Sportplatz in Emanuelsjegen, vom Sonntag, den 19. d. Mts., mit allen Mitteln irgendwie zu vertuschen. Ein Teil der polnischen Presse stellte den Vorfall ins rechte Licht, berichtete ihn aber am nächsten Tage, da ihr angedroht wurde, daß man auf Grund dessen die Zeitung abbestellen wird. Doch das nützt alles nichts, die Tatsache kann nicht durch die Entstellungen der „Polsta Zachodnia“ aus der Welt geschafft werden. Demnächst wird die Öffentlichkeit einen riesigen Prozeß erleben, in dem hunderte von Zeugen auftreten und beweisen werden, wie wehrlose Frauen und Kinder von der polnischen „Intelligenz“ und den Aufständischen geprügelt wurden. Ebenso haben sich die Verletzten ärztlich untersuchen lassen und werden wegen Mißhandlung und den gestohlenen Bekleidungsstücken, u. a.

die Gemeinde wegen Schadenersatz verklagen.

Daß der Ueberfall schon vormittags organisiert worden war, geht daraus hervor, daß der Gemeindevorsteher Janasch in der Versammlung des polnischen Vereins „Casino katolickie mezonow“ (!)

zur Vertreibung der „gottlosen Menschen“ aufforderte.

Der Postgang (!) und „Amtsvorsteher“ Sojka wiederum wandte sich an die „Sportler“ des Sportowe Murcki um Leute, die mithelfen sollten, die Ausflügler zu verprügeln. Es berührt eigenartig, wenn der Gymnasialschüler a. D. Schlachzig heute erklärt, daß er

wegen Geldunterstützung „gezwungen“ worden war, die Leute zu prügeln. (Kommentar überflüssig!)

Der Direktor Koniß ließ am Sportplatz einen Wasserhahn einrichten, damit sich die Ausflügler und Sportler mit Wasser versorgen können. An dem fraglichen Sonntag sperrte der Schnaps- und Bierhändler Alois Kowalski den Fahn ab, um die Ausflügler zu zwingen, die Getränke bei ihm zu kaufen. Als er alles verkauft hatte, ging er die Ausflügler mit „Korbeln“ prügeln. Von Alois Boitalewitsch, Wojewodschaftsbeamter (!) und ehemaliger Plesser Spiritusmonopolsekretär, wird noch gemeldet, daß er im Geschäft des A. Klemens einige junge Mädchen ohne Barmherzigkeit mißhandelte, bis sie blutig umfielen.

Ein schöner Wojewodschaftsbeamter, wahrscheinlich hat er für die Schädigung des staatlichen Spiritusmonopols eine valante Beamtenstelle in der Wojewodschaft erhalten. Auf die obigen genannten „Beamten“ werden wir noch zurückkommen. Die Vorfälle vom Sonntag haben sich bei den hiesigen Geschäftsleuten fühlen lassen, denn

Ems war gestern, seit Jahren, ohne Ausflügler.

Sie können sich für den Verdienstausschlag bei dem Gemeinde- und Amtsvorsteher bedanken. Karl Kapler und Paul Cieply, beide von der Kattowitzerstraße, bitten uns um Kenntnisnahme,

daß sie nicht die Ausflügler, sondern die Einheimischen geprügelt haben, als sie die zurückgelassenen Sägen fehlten (!) wollten.

Der „Volkswille“ wurde wegen der Vorfälle in Ems beschlagnahmt und nur darum, weil der polizeiliche Rapport „Zbiegowisko na boisku zostalo rozpedzone, a palki gumowe nie uzywano“. Wir wollen uns darüber weiter

nicht mehr äußern, aber auch uns würde es freuen, wenn sie Recht haben sollte. Schließlich muß der „Jemand“ auch wissen, wer gerufen hat:

„Bijcie tych Żydów z temi żydowskiemi pyskami“. Wir wären über die ganze Angelegenheit mit einem Federstrich hinweggegangen, wenn sich nicht die Zivilisten Polizeigewalt angemahnt und geprügelt hätten. Allen, die geprügelt haben, wackeln anständig die Hosen, denn sie sollten angeblich Drohbriefe erhalten haben.

Wie die „Polsta Zachodnia“ meldet, sind die Arrestierten bereits auf freien Fuß gesetzt worden. Das schien hier unseren Prügelhelden nicht gepaßt zu haben, denn vergangene Woche suchten die „Schulkind“ die Wälder nach kommunistischem Propagandamaterial ab, jedoch ohne jeglichen Erfolg.

Eins muß festgestellt werden, nämlich, die „Helden“ behaupten, daß sie aus lauter Empörung gegen die Gotteslästerer und die nackt (!) herumlaufenden, selbige geprügelt haben. Demgegenüber müssen wir feststellen, es ist niemand nackt herumgelaufen, Frauen und Männer sind in Badekostümen gewesen, wie in jeder Turner- oder Frauenriege, oder in jedem größeren Ausflugs- oder Badeort. Uebrigens ist es mit der Moral gerade nicht weit her, darüber werden wir noch berichten. Aber erinnern möchten wir nur einige, wer von ihnen einmal im Hemde aus der Schlafstube einer fremden Ehefrau, vor dem Ehemann ausgerispen ist, oder wer einige Monate mütterleckenallein als Ehemann im Kämmerlein geschlafen hat? Auskünfte darüber, sind wir gern bereit, zu erteilen.

Am Freitag berieten die „Prügler“ einen

„Wiec Parafialny“

nach der Aula der Volksschule. (!) Zu der Versammlung erschien der Geistliche Professor Bajura-Kattowitz, Prälat Bucher-Groß-Pietar, Stadtrat Grzondziel-Königshütte, ein Mitglied der Aufsichtsbehörde, eine Bojowla von 30 Mann, wahrscheinlich zum Schutze der Geistlichkeit und die dann Beifall klatschte, 20 Polizeibeamte und ein Schwung Spizel und Kriminalbeamte. Während der Versammlung schützten Polizeibeamte innen und außen das Versammlungsgelände. Die Polizeibewachung war deshalb herangezogen worden,

weil die Einberufer in der Minderheit waren und fürchteten selbst verdröscht zu werden.

Als erster hielt der Gemeindevorsteher Janasch eine verunglückte Rede, in welcher er wegen den Sonntagsvorfällen versuchte, sich reinzuwaschen und dem Stadtrat Grzondziel reinen Wein einzuschänken. Hierauf referierte Stadtrat Grzondziel. Er wurde dauernd durch Zurufe nach Brot unterbrochen. Die Zurufe verletzten ihn in Lampenfieber. Später entschuldigte sich Grzondziel, daß er für die Vorfälle am Sonntag nicht könne und er das glauben mußte, was hier erzählt wird. In der Diskussion erhielten Genosse B. und der polnische Genosse Chrobol das Wort. Genosse B. geißelte in scharfen Worten die Vorgänge am Sonntag. Der Amtsvorsteher Sojka versuchte, ihm das Wort zu entziehen und ihn durch die Polizei aus dem Saale zu drängen,

jedoch nahm ihn der größere (!) Teil der versammelten Katholiken in Schutz (!).

In seinen weiteren Ausführungen erklärte er, daß die „Polonia“ und der „Volkswille“ die Wahrheit berichtet haben.

Königshütte und Umgebung

Wichtig für zur Reherbeübung eingezogene Knappschaffsmitglieder.

Der Vorstand der Knappschaff in Tarnowitz hat in seiner letzten Sitzung vom 13. Juni d. Js. sich erneut mit der Entrichtung der Beiträge zur Kranken- und Pensionskasse während der Einberufung zu den Reherbeübungen beschäftigt. Es wurde beschlossen, die Einberufung zur Reherbeübung als Unterbrechung der Mitgliedschaft nicht anzunehmen, weil der Arbeitgeber verpflichtet ist, seine pflichtanteiligen Beiträge an die Knappschaffsverwaltung zu entrichten. Der auf den Arbeitnehmer entfallende Anteil kann diesem vom Lohn nach erfolgter Rückkehr in Abzug gebracht werden. Somit erhält das erlassene Rundschreiben vom 1. März d. Js. eine Aenderung dahin, daß der Arbeitgeber nur seine Beiträge entrichtet und die Abführung des Beitrages des Arbeitnehmers im Rahmen der Möglichkeit erfolgen braucht. Wenn während der Reherbeübung die Beiträge auf besondere Art durch Teilung um abgeführt werden, dann muß der Arbeitgeber die Verwaltung der Knappschaff davon in Kenntnis setzen. Im Falle des Nichterscheinens des Arbeitnehmers von der Uebung zur alten Arbeitsstelle, ist davon der Vorstand zu benachrichtigen, und darauf der neue Arbeitgeber verpflichtet ist, die rückständigen Beiträge in Abzug zu bringen und der Knappschaff zuzuführen.

Blutiges Intermezzo. In der Ecke ul. Wolnosci-Dworcowa kam es zu einem großen Menschenauflauf. Eine gewisse Frau Nika, von der ul. Mickiewiczza, geriet mit dem Agenten August Jantos in einen Streit, in welchem die Frau ihrem Gegner zunächst eine Ladung Pfeffer in die Augen streute. Als dieser dadurch wehrlos gemacht wurde, verfehlte sie ihm mit einem harten Gegenstand mehrere Schläge auf den Kopf. Mit blutigen Verletzungen wurde der Ueberfallene in das Krankenhaus eingeliefert und nach Anlegung eines Notverbandes wieder entlassen. Straf-antrag wegen Körperverletzung und Ueberfall wurde gestellt.

Pensionsauszahlung. Infolge „technischer Schwierigkeiten“ wurden die Pensionen am Sonnabend nicht zur Auszahlung gebracht. Wie man uns mitteilt, erfolgt die Auszahlung am Dienstag von 7—12 Uhr im früheren Meldeamt der Werkstättenverwaltung an der ul. Bytomska 20 statt. Als Ausweis und zur Abstemplung sind dem anwesenden Knappschaffsältesten die Pensionstarken vorzulegen.

Nichtstättgefundene Belegschaftsversammlung. Am Sonnabend vormittags sollte im „Russenlager“ der Königshütte eine Versammlung der Belegschaft der Königshütte stattfinden, und in der die Arbeiter über die letzten Ereignisse der Lohnbewegung, Arbeitslage usw. unterrichtet werden. Jedoch wurde die Versammlung nicht genehmigt und niemand in die Hütte hereingelassen. Wie nicht anders zu erwarten war, gaben die vor den Toren stehenden Arbeiter ihren Unwillen durch verschiedene nicht schmeichelhafte Aeußerungen Ausdruck.

Siemianowitz

Es wird lustig weiter gelündigt.

Die Belegschaft der Lauthütte ist von ihrer früheren Stärke von über 4000 Mann mit den Jahren auf 600 Arbeiter gesunken und wiederum hört man von der Vorbereitung weiterer Aemdingungen von Arbeitern. Wie unerschrocken eine weitere Reduzierung ist, davon zeugt die skrupellose Ausbeutung der noch im Betriebe verbliebenen Arbeiter. Es ist kaum möglich, wie mit der geringen Belegschaft umgegangen wird. Am jedem Arbeiter wird gespart. Handwerker, wie Schlosser, Dreher usw. werden mit den niedrigsten Arbeiten beauftragt. Der Lohn ist dementsprechend der eines jugendlichen Arbeiters. Die Herren Vorgesetzten maßen sich einen Ton an, wie er zu Wilhelmischen Zeiten nicht geführt wurde. Am schlimmsten treiben es die Kleinen, welche mit solcher Behandlung ihre Würdigkeit und Unentbehrlichkeit beweisen wollen. Es ist schon vorgekommen, daß Arbeiter, welche auf Grund einer polizeilichen Vorladung oder dergleichen eine Stunde Urlaub benötigten, die veräumte Zeit nacharbeiten mußten, trotzdem derartige Veräumnisse vom Arbeitgeber bezahlt werden müssen. Man muß staunen, wie bei den paar Arbeitern und den vielen Feierlichkeiten noch eine ungeheure Produktion jeden Tag verladen wird. Und alles noch zu wenig. Immer noch wird von den Vorgesetzten von Unproduktivität geredet. Unproduktivität ist zweifellos vorhanden, aber bei den Beamten. Manche wissen in der Zeit der Feierlichkeiten nicht, wo sie sich vertriehen sollen vor lauter fehlender Arbeit. Man muß aber auch staunen, was sich der Arbeiter heute alles gefallen läßt. Nicht ein Funken Klassenbewußtsein ist bei ihnen zu merken. Das ist die Folge davon, daß die meisten als Anorganisierte herumlaufen, keinen Rückhalt haben und zu feige sind, sich gegen die unmen-schliche Ausbeutung zu wehren. Sie glauben, ohne die Gewerkschaften auskommen zu können und müssen jetzt zusehen, wie ihnen eine Position nach der anderen vom Unternehmer aus der Hand genommen wird.

Zu befehlen sind diese Leute auch heute nicht und sie werden ihren Lebensweg weiter gehen müssen, bis sie auf einer Kulturstufe stehen werden, wie sie bei den östlichen Völkern der Fall ist und wie sich der Unternehmer seine Sklaven wünscht.

Nach seinen Erklärungen, ließen die „Helden vom Sonntag“ beschämend den Kopf hängen. Er erklärte weiter, daß er sich vor den Geistlichen schäme, noch weiter über diese Art Katholiken zu sprechen.

Hierauf sprach in verständiger Weise der Geistliche Bucher. Er empfahl, nach dem Gehörten (!) der Parodie, eine Pilgerfahrt (!) nach Konowitz oder Pietar zu unternehmen, damit ihnen die Sünden (!) vergeben werden. Ob das etwas helfen wird? Prof. Bajura verzichtete auf ein Referat. Es muß festgestellt werden, daß die anderen Redner, außer dem Geistlichen, sich verschiedene Zurufe gefallen lassen mußten.

Die Versammlung hat gezeigt, daß

der größte Teil der Einwohner die ruflose Tat verurteilt.

Als der Schulleiter Trembacowski eine lächerliche Resolution verlesen wollte, die hauptsächlich mit einem antimilitarischen Charakter, sowie gegen „Volkswille“ und „Polonia“ gerichtet war und in das graue Mittelalter paßte, verließen die meisten Teilnehmer, vor soviel Lüge und Schmeichelei, unter Pfuirufen die Schule.

So hat sich der wahre Tatbestand verhalten und nicht, wie ihn die geistige „Polsta Zachodnia“ darstellt. Aber bei ihr sind wir es ja schon immer gewohnt. Die fanatischen Einberufer haben geschworen, nie wieder einen öffentlichen „Wiec“ einzuberufen.

Der Demobilisationskommissar kommt nach Siemianowicz. Um die Anträge der Siemianowitzer Gruben auf Entlassung und Beurlaubung eines Teiles der Belegschaft zu begünstigen, wird der Demobilisationskommissar sich über die Verhältnisse persönlich orientieren, um nachher zu den Anträgen Stellung zu nehmen.

Der Verband der Invaliden gegen die Entlassungen. In Richterhöfen verhandelte der Verband der Invaliden mit der Verwaltung gegen die Kündigungen von Invaliden. Da diese Kündigungen laut Gesetz nicht zulässig sind, wird die Verwaltung gezwungen werden, diese zurückzuziehen.

Angestelltenkündigung auf den Siemianowitzer Gruben. Wie von den Grubenangestellten zu erfahren ist, haben sämtliche Angestellte am 1. Juli ihre Kündigung zu erwarten. Es handelt sich hierbei um die Taktik der Unternehmer, den Angestellten neue Bedingungen zu diktieren und auf alle Fälle schon vorzujagen, daß, falls im Laufe des nächsten Monats eine größere Einschränkung erfolgen sollte, auch jederzeit die entsprechende Zahl von Angestellten sofort abgebaut werden kann. Wie die Grubenverwaltung die Obersteher in Schutz nimmt, davon zeugen die letzten Kündigungen der Angestellten. Kein einziger der aus anderen Landesteilen hier zugezogenen Angestellten befindet sich unter den Gefährdeten, das Glück hatten nur Einheimische. Kein Wunder, daß die Sawirtschaft auf den Gruben immer besser wird, wenn man langjährige Fachleute an die Luft setzt und Leute, welche keinen Dunst von ober-schlesischer Kohle haben, weiter wursteln läßt. Dann muß eben alles zum Teufel gehen. Hauptsache ist, die Goresles haben posjades.

Jugendliche Straßenräuber. Am vergangenen Freitag wurde ein junger Mann auf dem Wege nach Michalkowicz von zwei jungen Burischen angehalten und um eine Zigarette gebeten. Als der Angeredete, namens Grzegorz seine Zigaretten tasche hervorholte, entriß ihm diese und bedrohte ihn noch dazu. Mit einer Zigarette fängt man an, mit Zuchthaus endet das.

Schnell gefaßt. Die Polizei erwißte einen gewissen E. K., welcher am 24. d. Mts. aus dem Raum der Gemeindegasse einen Radiocapparat entwendet hatte.

Myslowitz

Neuregelung der Zuwendungen für Arbeitslose in Myslowitz.

Nach einer Neuregelung der Zuwendungen für Arbeitslose durch die schlesische Wojewodschaftsbehörde, sah sich der Myslowitzer Magistrat veranlaßt, der Vorschrift gemäß die bisherigen Unterstufungen an die Arbeitslosen der Neuregelung anzupassen. Diese sieht folgende Sätze vor: Ledige Arbeitslose, die bisher an den Sonnabenden Zuweisung von Notstandsarbeiten erhielten, werden mit 4 Arbeitstagen im Monat und 4 Zloty Entgelt für den Tag bedacht. Dasselbe gilt für diejenigen physischen Arbeiter, die bisher keinerlei Unterstufungen (an den Sonnabenden) erhielten, gleichfalls 4 Arbeitstage im Monat mit 400 Zloty Bezahlung pro Tag. Die zweite Kategorie, d. i. die verheirateten aber kinderlosen Arbeitslosen erhalten die Zuwendungen an jedem Sonnabend in Höhe von 500 Zloty und zwar mit 1 Kinde 6 Zloty, bis zu 5 Personen 7 Zloty und mit Familie über 5 Personen 7,50 Zloty. Die Verheirateten können nebenbei Notstandsarbeiten zugewiesen erhalten und zwar je einmal im Monat für eine Bezahlung in Höhe von 4 Zl. für Kinderlose, von 6 Zloty mit 3 bis 5 Personen und mehr als 5 Personen.

Arbeitslose, die bisher Notstandsarbeiten zugewiesen erhielten, die jedoch an den Sonnabenden keine Unterstufungen erhielten, haben sich beim Fürsorgeamt (Arbeitslosenamt) zwecks Notierung und Gehührensicherung in nachstehender Ordnung zu stellen: Am 5. Juli Buchstabe A—H, am 6. Juli Buchstabe J—L, am 7. Juli Buchstabe M—P und am 8. Juli Buchstabe R—Z. Dieses betrifft alle Kategorien von Arbeitslosen, wie oben angegeben. Die Gesuche gehen in Richtung der Zuweisung von Unterstufungen.

Die Zuweisung der Notstandsarbeiten erfolgt wie bisher an jedem Dienstag und Freitag in der Zeit von 11—12 Uhr für Ledige. Die Verheirateten haben sich um die Zuweisung von Notstandsarbeiten am 7. und am 13. Juli in der Zeit von 9—12 Uhr zu melden.

Gemeindevertreteritzung in Rosdzin-Schoppinik

Die Wojewodschaftsvorlage in allen Punkten abgelehnt — Arbeitslosenversorgung unzureichend — Es soll nicht mehr geprügelt werden

Einen interessanten Verlauf nahm die gestrige Gemeindevertreteritzung in Rosdzin-Schoppinik, die für 6 Uhr nachm. angesagt war. Infolge reichlicher Verspätung der Gemeindevertreter wurde die Sitzung viel später eröffnet und wies kaum die notwendige Kompetenz zur Beschlusfassung auf. Die Sitz der Korjantosten und der Sanacja waren zum größten Teil leer. Längere Auseinandersetzungen brachte die Wojewodschaftsvorlage in Sachen der Kürzung der Zuschläge für die Kommunalbeamten und Funktionäre, die Krankenkassenzuschläge und Zuschläge für andere, sowie den Staatsbeamten zustehenden Vergünstigungen betraf. Bei Behandlung des Dringlichkeitsantrages der kommunistischen Fraktion kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen Senator Kupillas und Maleska.

Gegen 6,20 Uhr wurde die Sitzung vom Gemeindevorsteher Michna eröffnet, der die knappe Beschlusfähigkeit der Versammlung feststellte, worauf die Dringlichkeit des Antrages der kommunistischen Fraktion in Sachen der Versorgung der Arbeitslosen anerkannt wurde.

Als erster Punkt wurde die Festsetzung der Besteuerung für Nutzung der Kanalisation behandelt. Hierzu ergriff im Namen der Hausbesitzer der Schöffe Sewerin das Wort und sprach sich gegen die Kanalisationsgebühren aus, da die Hausbesitzer oft genug unter dem Druck der arbeitslosen Mieter die notwendigen Steuerabgaben nicht entrichten können. Dem widersprach der P. P. Sler Dlubis mit sachlichen Ausführungen. In der Abstimmung ergab sich eine Mehrheit für die Vorlage, nach der die Kanalisationsgebühren für das Jahr 1932/33 auf 50 Groschen pro Meter und 10 Prozent von der Grund- und Gebäudesteuer festgesetzt wurden.

Der nach der Wojewodschaftsvorlage geforderte Beschluß bezüglich der Kürzung des Äquivalents für Krankenkassengebühren der Kommunalbeamten und der Vergünstigungen, die den Staatsbeamten zustehen, auf die Gemeindefunktionäre angewandt, fand keine Zustimmung der Gemeindevertreter. Zwar verteidigte der Gemeindevorsteher die Vorlage gegenüber den nur zu sehr berechtigten Angriffen von Seiten der PPSler und Kommunisten, die in der Vorlage einen Eingriff in die Kompetenz der Gemeindevertretungen erblickten. Als es sich herausstellte, daß der Gewinn aus der besagten Kürzung der Gehälter im Monat nur 400 Zloty ergeben würde, die nach den Aussagen des Gemeindevorstehers den Arbeitslosen zur Verfügung gestellt werden sollten, wurde die Vorlage in allen Punkten abgelehnt, da den Arbeitslosen dadurch nicht geholfen werden könnte. Die Zahl der unterstützungsberechtigten Arbeitslosen ist über 3000 angestiegen. Die der anderen dürfte noch höher sein. Somit würde auf den Kopf eines Arbeitslosen aus diesem Fonds eine monatliche Unterstützung von kaum 11 Groschen zu stehen kommen. Hierzu wurde noch bemerkt, daß aus allen Mitteln alles nur für die Arbeitslosen bestimmt wird,

dabei gleichzeitig die Zuwendungen für die Arbeitslosen gekürzt werden und man sich daher fragen muß, wohin die „Ersparnisse“ und Zuwendungen fließen.

Darauf kam der Dringlichkeitsantrag zur Beratung. Nach diesem wurde gefordert, daß die neue Verfügung der Wojewodschaft betreffend die Neuregelung der Zuwendungen an Arbeitslose im Verhältnis zur Liquidierung derselben auf dem Wege der Berrichtung von Notstandsarbeiten aufgehoben wird, zumal die Arbeitslosen durch diese Verfügung schwer betroffen werden. Weiter verlangt, daß die Brotportionen, die sich als nicht ausreichend erwiesen haben, vergrößert werden. Desgleichen soll auch das Essen, das in den Arbeitslosentüchen hergestellt wird, verbessert werden, weil dieses in seiner jetzigen Verfassung keine Kritik aushalten würde. Ein Antrag betreffend Zulassung der Bevölkerung zu den öffentlichen Sitzungen der Rada zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen dem Antragsteller, Kommunist Maleska, und dem Senator Kupillas. Maleska warf den Gegenparteien vor, daß sie aus Feigheit u. Furcht vor der Öffentlichkeit diese zu den Sitzungen nicht zulassen wollen und mit Eintrittskarten operieren, weil sie den Wählern gegenüber kein reines Gewissen haben. Die Entgegnungen des Senators waren äußerst schwach und kennzeichneten sich dadurch, daß derselbe bald darauf den Saal verließ.

Die vorgenannten Punkte in Sachen der Arbeitslosenhilfe wurde von der Gemeindevertretung angenommen und zur Erledigung an die maßgebenden Instanzen, die die Verfügungen herausgeben, weitergeleitet, um tatsächliche Abhilfe zu schaffen. In der den Antrag aufheißenden Rede des Gemeindevorstehers wurde erwähnt, daß die Gemeinde für die Erhaltung der Arbeitslosentüchen, die in keinem Falle ausreichend sind, da jetzt täglich 1600 Portionen ausgegeben werden und ab 1. Juli wohl mit 2000 Portionen täglich zu rechnen sein wird, im Laufe dieses Jahres erst 1000 Zloty Zuschuß erhalten habe.

Von Seiten der deutschen Fraktion wurde durch den G. W. Chromik eine Interpellation in Sachen der Behandlung der Arbeitslosen durch die Polizei eingebracht, nach der festgestellt, daß oft ungerecht und unnötig mit dem „Rhabarber“ gearbeitet wird. Es gäbe auch andere Mittel um erregte Gemüter der Arbeitslosen zu besänftigen. Hierzu sprach Maleska über die Vorfälle am Sitzungstage. Der Gemeindevorsteher sagte zu, daß er hierin bei der Polizeibehörde vortreten werde, da schon aus erzieherischen Gründen das aggressive Auftreten einer bewaffneten Instanz oft nicht angebracht sei.

Eine weitere Interpellation behandelte das aufgeblasene Auftreten gewisser Beamten den Arbeitslosen gegenüber. Auch hierin soll Abhilfe geschaffen werden.

Nach Verlesung und Annahme des Protokolls wurde die Sitzung gegen 8 Uhr abends geschlossen.

Die letzte Schicht. Auf der Myslowitzgrube ereignete sich dieser Tage ein tragischer Vorfall. Als die Arbeiter beim Mittagschichtwechsel aus der Grube fahren wollten, fiel plötzlich der 39jährige Kohlenarbeiter Josef Cierpka um. Bevor ein Arzt herangerufen werden konnte, starb Cierpka. Die Leiche wurde in das Myslowitzer Krankenhaus eingeliefert. Die Todesursache konnte bis jetzt noch nicht festgestellt werden.

Schwientochlowitz u. Umgebung

11 jähriges Mädchen von Motorradler angefahren. Ein schwerer Verkehrsunfall ereignete sich auf der ulica Wolnosci in Schwientochlowitz. Dort wurde die 11 jährige Gertrud Moron aus Schwientochlowitz von dem Motorradler Josef Kondzill angefahren und mit Wucht gegen das Straßenpflaster geschleudert. Das Kind erlitt einen Beinbruch, unterhalb des Knies, sowie innere Verletzungen. Nach Erteilung der ersten ärztlichen Hilfe wurde die Verunglückte nach dem Hüftenspital in Schwientochlowitz überführt. Den bisherigen polizeilichen Feststellungen zufolge, soll das Mädchen die Schuld an dem Verkehrsunfall selbst tragen, welches beim Ueberschreiten der Straße die notwendige Vorsicht außer acht ließ.

Friedenshütte. (Zeitbilder.) Die gegenwärtige schreckliche Krise kommt von Tag zu Tag immer schlimmer zum Ausdruck. Und immer bekommt es derjenige Volksteil zu spüren, welcher mit gefalteten Händen gegen Himmel um Hilfe fleht. Und trotz Fastens und Engyklika wird es nicht besser. Auch die Schuljugend muß die schwere Zeit zu spüren bekommen. Alljährlich veranstalten die Schulen Ausflüge nach den verschiedenen Ausflugsorten. So sollte es auch in diesem Jahre sein. Die Kinder freuten sich schon wochenlang darauf. Zu diesem Zwecke sollte jedes Kind 50 Groschen bringen. Den allermeisten Kindern war es aber nicht möglich, diese paar Groschen aufzutreiben. Ein Gesuch des Schulleiters bei der Gemeinde, um eine kleine geldliche Unterstützung blieb erfolglos. In der Gemeindegasse ist oben auch Ebbe. Und der großangelegte Ausflug mußte ausbleiben.

Polomi. (5000 Zloty Brandschaden.) Auf dem Bodenraum des Theofil Piechaczek brach Feuer aus, durch welches am Boden lagerndes Stroh und Heu, sowie Kleidungs- und Möbelstücke vernichtet wurden. Das Feuer wurde von der dortigen Ortsfeuerwehr gelöscht. Der Brandschaden wird auf 5000 Zloty beziffert. Nach den bisherigen Feststellungen soll das Feuer durch Funkenauswurf aus einem defekten Schornstein hervorgerufen worden sein.

Von Hanns Gobsch

Wahn-Europa 1934

„Unverschämtheit!“ brüllt es von rechts herüber. Die Glode des Präsidenten verwirrt die Zwischenrufer.

Wöchentlich schlägt die Gelassenheit des Redners in Schärfe und Jörn um. „Diese Stunde fordert zur Anklage heraus! Ich klage alle Regierungen der Welt an, zu wenig oder nichts getan zu haben, die niederträchtigen Methoden der Gewalt entscheidend umzuformen in die Grundgesetze der Menschwürde und des Rechts! Ich klage alle Parlamente der Welt an, die sich begnügten, geschäftstüchtige Zweckverbände zu sein, oft genug Sandlanger ihrer hohen Auftraggeber und anonymen Herren! Wann hörten je Könige, Diktatoren, Kabinette und Parlamente den Schrei ihrer Völker, bevor er ihnen in die Ohren geschrien oder mit Fäusten ins Bewußtsein gehämmert wurde! Aus der Tiefe der Wälder tönte immer zuerst der Aufschrei nach Gemeinsamkeit und Frieden der Nationen; er prallte ab an erstarrter Staatskunst, die die Systeme heiligte und das lebendige Leben vergaß! Erst als der Aufschrei sich organisierte und Macht wurde, als die geschwundenen Massen drohend an die Türen dumpfer Kabinette pochten, öffneten die Regierenden spaltbreite Ohren und Augen. Ich höre Ihren stolzen Gegenruf: Völkerbund! Jawohl, meine Damen und Herren, ein Klub von Interessenten und Konkurrenten, in normalen Zeitläufen zur Not brauchbar, die Völker einzuschleifen, in Zeiten schwerer Krise ein seelenloses Gebilde. Wo die Gesinnung fehlt, hilft kein formaler Wille. Ich rufe den Genfer Fehlschlag laut in die Ohren der Völker! Es scheint also wirklich, daß nur Revolutionen dem Menschengeschlecht heilsam sind! Wir stehen vielleicht vor der größten Revolution, die Europa je erträumte und die verhängt wurde von der Fortschritt einer Zivilisation, die Menschen zu Maschinen degradierte!“

Betäubender Lärm bricht durch den Saal. Von den Tribünen tolt es herunter. „Aufhören! Aufhören!“ — Rhee Landrug steht auf ihrem Klappstuhl: „Es wird Zeit, daß die alten Götter stürzen!“

Von rechts faucht eine Gruppe herbei, um die Landrug von ihrem Sitz herunterzuzerren. Die Saalpolizei wirft sich den Angreifern entgegen. Machtlos verhallt die Glode des Präsidenten. Die Bänke rechts und in der Mitte leeren sich, zahlreiche Abgeordnete verlassen den Saal: „Wir kommen erst wieder, wenn der Schmierenschaupielerei seine Rolle ausgespielt hat.“

Den Tumult durchschlägt Brandts behende Stimme: „Man hat mich Verräter beschimpft! Sehen Sie mir gut ins Gesicht — und Sie erkennen das Gesicht Frankreichs! Hören Sie meine Worte — und Sie vernehmen den Herzschlag von Millionen.“

Bänke und Tribüne drohen unter dem brüllenden Widerspruch einzustürzen. Es wird getramelt, auf Schlüsseln gepfeifen, Pultdeckel knallen hoch und herunter. Dazwischen knattert das Händeklatschen der Sozialisten.

Sumette schreit erregt in den Saal: „Sie benutzen Ihre Immunität zur Beschimpfung Frankreichs!“

Ein paar Duzend Abgeordnete stürzen sich auf das Rednerpult, Brandt herunterzureißen. Die Sozialisten deden ihren Führer mit ihren Leibern; Broucas Schmiedefäuste überragen das Getümmel. Die Landrug gleicht hehnvolle Worte über das Handgemenge.

„Die rothaarige Vettel soll in Moskau ein Bordell aufmachen!“ brüllt ein Abgeordneter. Er hat noch nicht ausgedrückt, da schleudert ihn eine schallende Ohrfeige in die Ministerbank. Rhees Hand ist feingliedrig, aber stark genug, einen Beleidiger niederzuschlagen.

Die Saalpolizei ist machtlos. Dragoner rüden in den Sitzungssaal ein. Mit vorgeneigtem Oberkörper und weitoffenen Augen steht Germaine im Gang. Ueber die Helme und blanken Säbel der Dragoner rauschen Brandts Worte hinweg:

„Die Regierung fordert Blanko-Vollmacht! Ich garantiere Ihnen, Herr Saint Brice fällt sie sehr bald nach eigener Willkür aus! Er hat sich in seiner eigenen Schlinge gefangen. Aber vorher hätte er eine Willkürfront zu durchbrechen! Es kann Ihnen zum Halbe herauswaschen, meine Herren!“

Saint Brice drängt sich durch die Bewaffneten zur Rednertribüne. „Ihre Drohung erschreckt mich nicht!“ ruft er mit blutlerem Gesicht hinauf. „Sollen wir die Narbe auf Ihrer Stirn als Rainszeichen deuten?“

Brandt stößt die gehaltenen Fäuste steil in die Luft, die Stirn narbe wird zum glühenden Band. Wie ein Aufschrei entfährt es seinem Munde:

„Notwehr! Notwehr! Wir haben es satt, Europa mit Menschenblut zu düngen!“

Den Worten folgt, unerwartet, ohne erkennbaren Anlaß, zehn Sekunden tiefe Stille. Germaine umklammert Brandt mit heißen Blicken. Ist es ein Rächer von Jahrtausenden, der dort oben seinen Leib über dem Rednerpult aufrecht? Ein heiliger Michael, auf der Schwelle zum neuen Reich? Oder nur ein Besessener, der in seiner eigenen Flamme verbrennt?

Die Glode durchgellt das aufgewühlte Haus. Reporter und Stenographen schreiben wie im Fieber.

„Ich habe die Regierung gewarnt! Ich warne die Vertreter des Volkes! Die Zeiten sind vorüber, daß sich Nationen in verfrecherische Abenteuer stürzen, ohne aufzutreten! Wir haben nicht den Willen zur Selbstverstümmelung Frankreichs! Heißen Sie keinen Schritt gut, der uns der Katastrophe in die Arme treibt! Herr Capponi zur Besinnung zu bringen, wenn er Frankreich seinen Casarenablag zeigen sollte, dafür werden dieselben Millionen sorgen, die jetzt der Regierung die Gefolgschaft verweigern! Meine Fraktion spricht im Namen des arbeitenden Volkes dem Kabinett Saint Brice das tiefste Mißtrauen aus, betrachtet es als schädlich und unfähig. Wir fordern den Rückzug der Regierung!“

(Fortsetzung folgt.)

Bielitz, Biala und Umgegend

Bielitz und Umgebung

An alle Eltern!
Zum Schluß!

Morgen werden sich die Tore der Schule für eine große Zahl von Kindern für immer schließen. Mit noch arm an körperlichen Kräften werden die jungen Menschen in das bitter schwere Leben gestoßen. Die Mehrzahl von diesen Kindern wird irgendeinen Beruf erlernen müssen. Eltern! Macht euren Kindern den Uebergang aus der Kindheit zum Arbeitsmenschen nicht noch schwerer, als er ohnehin schon ist. Sehr oft muß der Sohn oder die Tochter ein Gewerbe erlernen, zu welchem sie kein Talent oder keine Lust haben oder zu dem sie — was noch viel schlimmer ist — gesundheitlich nicht geeignet sind. Im Namen eurer Kinder ersuchen wir euch, Eltern: Bevor ihr eure schulentlassenen Jungen und Mädels irgendwohin in die Lehre gebt, laßt euch von Fachleuten, Ärzten, Berufsberatungsstellen oder von Lehrern beraten, ob diese für diesen oder jenen Beruf gesundheitlich usw. geeignet sind. Die Kinder werden euch dafür einst dankbar sein. Dann erkundigt euch über den Lehrort. Schützt die Jugend vor brutaler Willkür mancher Meister, laßt die werdende Generation im zwanzigsten Jahrhundert nicht zu Sklaven herabwürdigen. Seid vorsichtig bei dem Unterzeichnen der Lehrverträge, denn da wird sehr oft zum Schaden für das eigene Kind gehandelt. Wir wollen und brauchen freie, gesunde und gutgeschulte Menschen. Um das zu erreichen, ist es auch notwendig, daß die Eltern bei der Berufswahl Vorsicht walten lassen!

Es geht auch ohne sie!

Den bürgerlichen Volkswirtschaftstheoretikern, die bei allen möglichen und unmöglichen Gelegenheiten immer und immer wieder versichern, daß die Gesellschaftsordnung nicht aufrechterhalten werden kann, wenn die Eigentümer der Produktionsmittel, also die privaten Kapitalisten, nicht ihre Erfahrung und Arbeitskraft im Dienste der Produktion verwenden würden, ist ein großes Unglück passiert.

Wir lesen in der Presse die folgende interessante Notiz:

Vier Streichholzfabriken suchen ihren Eigentümer! Eine seltsame Angelegenheit wird in Oslo bekannt: Die vier norwegischen Streichholzfabriken suchen in der ganzen Welt nach ihrem Eigentümer. Kreuger, oder richtiger gesagt, die International Match Corporation, übernahm vor einigen Jahren diese vier Fabriken, deren Direktor in diesen Tagen in Stockholm mit den Vertretern der International Match Corporation und ihrem Stab von Rechtsanwältinnen Besprechungen abhielt, bei denen es sich herausstellte, daß niemand nur die geringste Ahnung davon hat, wo die Aktienmehrheit dieser Streichholzfabriken sich befindet. Man nahm an, daß sie in New York sei. Es hat sich aber herausgestellt, daß das nicht stimmt. Man hat in den letzten Tagen einen lebhaften Telegrammwechsel mit den Großbanken der ganzen Welt gehabt, um endlich herauszufindern, wo die Aktien liegen. Aber bisher ist alles vergeblich gewesen.

Diese Nachricht, so kurz sie auch ist, liefert doch klar und bündig den Beweis, daß das bürgerlich-nationalökonomische Gebred von der Unentbehrlichkeit des privaten Kapitalisten im Produktionsprozeß nichts anderes ist als eine bewußte oder unbewußte Verteidigung privatkapitalistischer Profitgier. Was wollen denn die Herren noch sagen, wenn wollen sie denn noch die Notwendigkeit des privaten Eigentums an dem Produktionsprozeß einreden? Aus dieser Nachricht geht doch hervor, daß vier große Fabriken eine lange Zeit ununterbrochen produzierten, also Arbeiter beschäftigten, Löhne auszahlten und sonst ihre volkswirtschaftliche Funktion erfüllten, ohne daß man feststellen konnte, wer überhaupt ihr Besitzer ist. Welche Rolle in diesem Falle die Initiative und schöpferische Leistung des Privatkapitalisten spielt, ist wirklich schwer zu ersehen. Die Betriebe haben anscheinend unter der Leitung des angestellten Direktors trotz des Fehlens eines Besitzers ruhig weitergearbeitet und kein Mensch hat bemerkt, daß unsere Gesellschaftsordnung zusammengebrochen wäre, weil die geheiligte Person des privaten Kapitalisten gefehlt hat.

Gemeinderatsitzung. Dienstag, den 28. Juni, findet um 5 Uhr nachmittags, im Sitzungssaal des Gemeinderates, die 26. öffentliche ordentliche Gemeinderatsitzung statt. Tagesordnung auf den Anschlagstellen.

Mädchenschule am Kirchplatz. Das laufende Schuljahr schließt Dienstag, den 28. d. M. Nachdem die Schülerinnen durch die Goethefeier reichlich in Anspruch genommen waren, mußte von einer größeren Schlußfeier abgesehen werden. Es findet daher nur für die schulentlassenden Mädchen eine schlichte Abschiedsfeier im Zeichenstahl am Dienstag früh um 9 Uhr statt, wozu die Eltern der Kinder, die Gönner und Freunde der Anstalt herzlich eingeladen sind.

Etwas über die Zuckerbank. Am 12. Mai d. Js. fand die Generalversammlung der Aktionäre der Posener Zuckerbank statt, bei welcher über den Zuckereport und Verkauf im Innern, ebenso über die Preisbildung dieses wichtigen Lebensmittels recht interessante Ziffern zu Tage traten. Laut den Berichten des Direktors dieser Zuckerbank wurde im Jahre 1931 im Inland 322 588 Tonnen Zucker verkauft. Im Verhältnis zum vorhergegangenen Jahr ist der Verkauf um 27 241 Tonnen, oder um 7,8 Prozent gesunken. Dieser Rückgang im Verkauf ist auf die ungeheure Krise und die dadurch hervorgerufene Konsumunfähigkeit zurückzuführen. Durch die Krise sind auch die Kaufleute nicht zahlungsfähig, denn die Zuckerbank hat bei ihren Kunden ein Guthaben von

Unser Weg

Die politischen Ereignisse in der Welt, der Sturz der Regierung Brüning, die Revolution in Chile, und die furchtbare Depression werden Anlaß für viele Menschen zum Nachdenken über Möglichkeiten des Kampfes um eine Veränderung unserer Lebensverhältnisse zum Besseren. Die Frage der Diktatur ist bei diesem Denken oft das Wichtigste; es gibt viele Leute, die glauben, daß die Veränderung der Herrschaftsform genügen würde, um unser Leben zum Besseren zu wenden. Das ist ein schwerer Irrtum, eine Illusion, von der man sich hüten muß, denn Hoffnungslosigkeit ist ihre Nachfolgerin.

Die staatlichen Herrschaftsformen sind nicht die Grundlage unserer gesellschaftlichen Lebensverhältnisse, sie beruhen viel mehr auf diesen. Ein Blick auf die sozialen Verhältnisse in den Staaten der Gegenwart zeigt dies ganz eindeutig. Die Demokratie ist der Ausdruck der Kraft der Arbeiterklasse, darum sind auch die größten Feinde des Sozialismus und der Arbeiterklasse gegen die demokratische Republik. Was die Feudalbarone Preußens erstreben, den Sturz der Republik, die Vernichtung der Demokratie, kann nicht das Ideal von Arbeitern und Angestellten sein. Das Ideal des Nationalsozialismus, ein Mythos vom dritten Reich, vom Führer und seiner Elite, sind die Zeichen seines gegenrevolutionären Charakters. Es gibt keine ewig gültigen Staatsformen, keine dem „Blute und der Rasse“ gemäße Staatsform, die Herrschaftsformen sind der Ausdruck der wechselnden Machtverhältnisse der gesellschaftlichen Klassen.

Ja, aber in Rußland hat die Diktatur doch eine sozialistische Entwicklung eingeleitet, hört man öfter sagen. Kann das nicht auch der Fall sein bei uns? Eine solche Ansicht ist grundfalsch. Die Klassen, die in Europa die staatliche Demokratie erkämpften, haben in Rußland vollständig gefehlt. Die russische Diktatur ist nicht dem Genie Lenins entsprungen, sie beruht auf der Geschichte und Entwicklung Rußlands. Aber der Sturz der alten Gewalten hat in

Rußland noch nicht der Sozialismus geschaffen, der Preis, den das russische Volk für den bolschewistischen Sprung zahlt, ist sehr hoch. Bei der Nachahmung dieses Sprunges könnte man sich anderswo auch das Genick brechen, und wir tun besser, wenn wir unsere eigenen Wege gehen, die Vernunft und Wissen uns lehren.

Große geschichtliche Bewegungen, die die Menschenwelt verändern, brauchen Zeit. Mit Ungehim und blindem Drängen allein ist nichts getan, jeder Schritt muß überlegt werden. Wir wollen nicht in Abgründe marschieren, sondern in die Höhe. Wir müssen organisieren, aufklären, praktische Alltagsarbeit leisten. Wer bei dieser Arbeit den offenen Blick behält, den Sinn für das Ideale, der arbeitet im Geiste des Sozialismus. Die Demokratie ist für viele Menschen noch etwas ungewohntes, im Wesen dieser Leute steckt noch viel von der alten Zeit.

Die Demokratie ist kein endgültiger Idealzustand, sie ist heute eine Form der Regierung, die auf den Willen des Volkes Bezug nimmt. Wenn die Reaktion sich der Demokratie bemächtigt, wird das ihren Charakter ändern. An der „Demokratie“ des preußisch-Feudaladels, der jetzt die deutsche Republik regiert, wird kein wirklicher Demokrat Gefallen finden. All das wird nur eine Episode sein, nicht der alte Adel wird wiederkommen, auch nicht mit dem Segen des Hakenkreuzes, wir geben Le Bon recht, der die kommende Zeit eine Ära der Massen nennt. Mit ihnen müssen heute schon jene rechnen, die im Herzen nichts als Haß und Verachtung für die „Masse“ haben. Aber ohne Adolf Hitler, den Trommler, sähe die feudale Reaktion nicht im Sattel. Die Zukunft gehört der Demokratie und dem Sozialismus; kein Diktator, auch nicht ein nationalistischer Cäsarismus wird ihren Sieg verhindern können. —

122 628 000 Floty für bezogenen Zucker stehen. Im Jahre 1931 wurden ins Ausland 317 886,9 Tonnen ausgeführt, und zwar nach England, Holland, baltische Staaten, Skandinavien und andere. Die Bilanz der Zuckerfabrik schließt mit einem Betrag von 203 919 496 Floty ab. Die Bilanzziffer ist im Vergleich zum Vorjahr um 104 000 000 Floty gesunken. Wie groß der Nutzen der Zuckeraktionäre ist, geht aus dem ausgewiesenen Reingewinn der Bank hervor, der einen Betrag von 956 363 Floty ausmacht. Ein sehr schöner Gewinn.

Zur Angelegenheit der Vernichtung der riesigen Kaffeevorräte in Brasilien.

Auf Grund des fertiggestellten Projektes und der abgeschlossenen Vereinbarung mit dem großen Kaffee-Handelskonzern sollten ab 1. Jänner d. Js. von den riesigen brasilianischen Kaffeevorräten monatlich eine Million Säcke mit Kaffee vernichtet werden, faktisch werden zur Vernichtung bedeutend kleinere Mengen bestimmt. Nach diesem Stand der Dinge wird in autoritativen Handelskreisen dieser Branche die Befürchtung ausgesprochen, daß bei diesem Tempo der Reduktion, die brasilianischen Kaffeevorräte anstatt zu verkleinern sich bedeutend noch vergrößern werden.

Der gewesene brasilianische Finanzminister Numa de Oliveira begründete vor den amerikanischen Kaufleuten die geschaffene Situation und den gegenwärtigen Stand, an welchem die Regierung keine Schuld trage. Unter anderem bestätigte er, daß die aus dem Erntejahr 1929-30 und 1930-31 zurückgehaltenen Kaffeevorräte am 30. Juni 1931 17 980 651 Säcke betragen haben. Darunter waren 1 192 318 Säcke minderer Qualität Typ 8. Laut Gesetz vom 11. Februar 1931 hat sich die Regierung vom Staate Sao Paulo verpflichtet, von den Kaffeefarmern die bessere Qualität über den Typ 8 anzukaufen und für die minderen Qualitäten eine entsprechende Entschädigung zu zahlen.

Bevor der Nationalrat im Namen der Regierung zum Ankauf des Kaffees im Sinne der Vereinbarung mit den Plantagebesitzern schritt, mußte derselbe zunächst die Frage der Transportkosten und die Bezahlung der minderen Kaffeeforten regeln, welche Fragen große Schwierigkeiten bereiteten. Der Nationalrat hat mit der Eisenbahn eine spezielle Vereinbarung bezüglich des Kaffeexportes abgeschlossen, weil die Eisenbahn die überführten Vorräte nach Santos oder Sao Paulo nicht früher ausfolgte, bis die Transportkosten in barem Gelde bezahlt wurden.

Die Erledigung dieser beiden Aufgaben waren der Grund, daß die projektierte Aktion der Vernichtung der riesigen Kaffeemengen nicht in dem vorgesehenen Maße durchgeführt wurde und eine Verzögerung erfuhr. Die Vernichtung der Kaffeevorräte soll in der kürzesten Zeit und in beschleunigtem Tempo durchgeführt werden. Kann die kapitalistische Wirtschaftsordnung noch greller beleuchtet werden, als durch diese Handlungsweise?

In Oberschlesien werden Kohlenruben stillgelegt, weil kein Absatz für Kohle ist, in Brasilien wird mit Kaffee geheizt, riesige Kaffeemengen werden vernichtet, in Oberschlesien hungern tausende von Arbeitslosen, in Amerika werden große Getreidemengen vernichtet, in Polen gehen viele Hunderttausende Leute in zerrissenen Kleidern, in Amerika werden riesige Mengen von Baumwolle vernichtet!

Das soll die von Gott gewollte Ordnung sein?!

Wo die Pflicht ruft! "

Wochen-Programm des Vereins Jugendl. Arbeiter, Bielsto.

Montag, den 27. Juni l. Js., um 4 Uhr nachm. Handballtraining, um 7 Uhr abends Handball-Komitee-Sitzung.

Dienstag, den 28. Juni l. Js., um 7 Uhr abends Gesangsstunde im „Tivoli“, von 5-7 Uhr abends Abholung der Sammelbüchsen der Kinderfreunde.

Mittwoch, den 29. Juni l. Js., Blumentag der Arbeiter-Kinderfreunde.

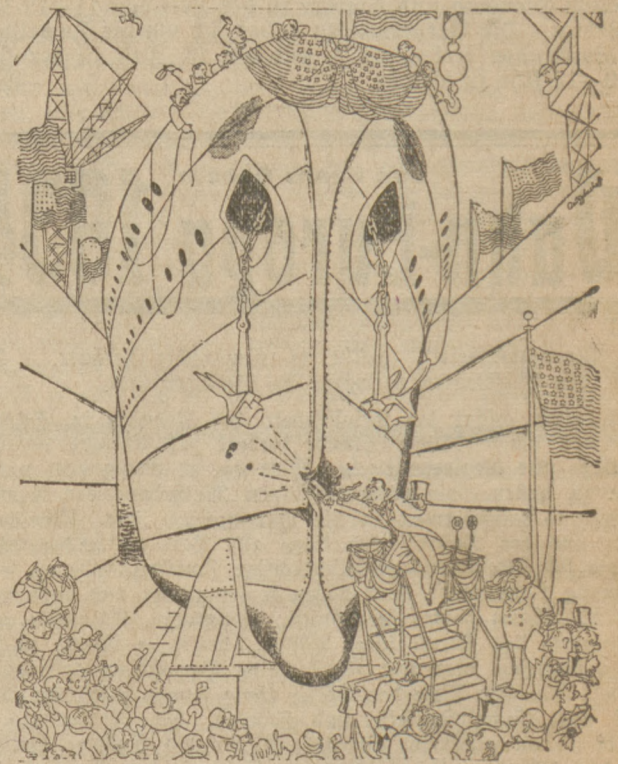
Donnerstag, den 30. Juni l. Js., um 4 Uhr nachm. Handballtraining, um 7 Uhr abends Vorstandssitzung.

Freitag, den 1. Juli l. Js., um 7 Uhr abends Handballspieler-Versammlung.

Samstag, den 2. Juli l. Js., um 5 Uhr nachm. Bezirks-Vorstandssitzung.

Sonntag, den 3. Juli l. Js., Eröffnungsfeier des Ferienheimes der Arbeiter-Kinderfreunde in Lobniz. Abmarsch 8 Uhr früh ab Vereinszimmer. Die Vereinsleitung.

Voranzeige. Der Verein Arbeiterkinderfreunde bringt hiermit zur Kenntnis, daß die Eröffnungsfeier des in Lobniz neu erbauten Ferienheimes für Arbeiterkinder am Sonntag, den 3. Juli 1932 stattfindet. Der Verein bittet schon jetzt alle Genossinnen und Genossen für einen Massenbesuch zu sorgen und von allen anderen Festveranstaltungen an diesem Tage abzusehen. Näheres wird noch bekannt gegeben werden. Die Vereinsleitung.



Schiffstaupe mit unzerbrechlichem Glas

ZUR BEACHTUNG!

Mittwoch, den 29. Juni: **Blumentag zu Gunsten des Vereines der Arbeiter-Kinderfreunde in Bielsto**

Parteigenossen und Sympathiker! Helfet mit, daß recht viel erholungsbedürftige Arbeiterkinder ins Ferienheim geschickt werden können

Sonntag, den 3. Juli: **Eröffnungsfeier des Arbeiterkinder-Ferienheimes in Wapienica**

Das neue Versammlungsgesetz

Ausschneiden und aufbewahren!

Ausschneiden und aufbewahren!

I.

Allgemeine Bestimmungen.

Art. 1. Versammlungen werden eingeteilt in:

- öffentliche Versammlungen sowie
- nichtöffentliche Versammlungen oder Zusammenkünfte.

Uebersall, wo das vorliegende Gesetz von Versammlungen ohne Bezeichnung spricht, sind darunter öffentliche Versammlungen zu verstehen.

Art. 2. Man unterscheidet:

- Versammlungen in Lokalen,
 - Versammlungen unter freiem Himmel.
- Öffentliche Kundgebungen und Umzüge fallen unter die Vorschriften über Versammlungen unter freiem Himmel.

Die Bestimmungen von Absatz 2 finden entsprechende Anwendung auf Kundgebungsfahrten in Wagen und Autos.

Art. 3. Ein Lokal im Sinne dieses Gesetzes ist das Innere eines Gebäudes zusammen mit dem umräumten Raum, der mit dem Gebäude ein geschlossenes Ganzes bildet.

Art. 4. Die aufsichtsführende Behörde über Versammlungen und Zusammenkünfte ist die Kreisbehörde der allgemeinen Verwaltung, sofern dieses Gesetz nichts anderes bestimmt.

In Städten, die zum Zwecke der Regierungsverwaltung einen eigenen Kreis bilden und in denen die Funktionen der Kreisbehörde der allgemeinen Verwaltung die Stadtpräsidenten ausüben, bestimmt der Innenminister im Verordnungswege die zur Ausführung der Aufsicht über die Versammlungen und Zusammenkünfte berufene Behörde.

II.

Einberufung der Versammlungen.

Art. 5. Jeder volljährige polnische Staatsbürger, der die Fähigkeit zu Rechtshandlungen besitzt, kann Versammlungen einberufen und leiten.

Art. 6. Von der Einberufung einer Versammlung in einem Lokal ist die Behörde schriftlich so rechtzeitig in Kenntnis zu setzen, daß die Behörde die Mitteilung spätestens zwei Tage vor der Versammlung erhält.

Wenn die Versammlung außerhalb des Sitzes der Kreisbehörde der allgemeinen Verwaltung stattfinden soll, kann die Mitteilung durch Vermittlung der nächsten staatlichen Polizeistation erfolgen.

Auf Anforderung händigt die Behörde dem Anmeldenden eine kostenlose schriftliche Bescheinigung über die Anmeldung aus.

Art. 7. Versammlungen unter freiem Himmel dürfen nur mit Genehmigung der Behörde (Art. 4) stattfinden.

Der Antrag auf eine solche Genehmigung (Art. 6 Abs. 1) muß bei der zuständigen Behörde spätestens drei Tage vor der Versammlung gestellt werden.

Art. 8. Die Mitteilung, bezw. der Antrag auf Genehmigung einer solchen Versammlung muß enthalten:

- Vor- und Zuname sowie die Adresse des Einberufers der Versammlung,
- genaue Angabe von Ort und Zeit des Beginns der Versammlung,
- Zweck und Programm der Versammlung,
- Angabe der Sprache oder Sprachen, wenn die Beratungen nicht in der Staatsprache geführt werden sollen.

Art. 9. Die Behörde verbietet die Abhaltung von Versammlungen in Lokalen, sofern die Abhaltung der Versammlung den Vorschriften dieses Gesetzes oder den Strafgesetzen zuwiderläuft oder wenn die Sicherheit, Ruhe und öffentliche Ordnung gefährdet werden könnte.

Das Verbot ist dem Anmeldenden schriftlich mit einer Begründung spätestens am Vortage der Versammlung zur Kenntnis zu geben.

Art. 10. Sofern Umstände, wie sie im Art. 9 Abs. 1 genannt sind, vorliegen, lehnt die Behörde die Genehmigung von Versammlungen unter freiem Himmel ab.

Art. 11. Versammlungen unter freiem Himmel sind nicht zulässig im Umkreis von einem halben Kilometer vom amtlichen Aufenthaltsort des Staatspräsidenten, vom Tagungsort des Sejm, des Senats und der Nationalversammlung während der ganzen Dauer der Session, sowie von militärischen Kasernen, Magazinen für Explosivstoffe, Festungsobjekten, Übungs- und Schießplätzen.

Die Wojewodschaftsbehörde der allgemeinen Verwaltung kann in besonderen Fällen Ausnahmen von diesem Grundsatze, sofern es sich um die im Abs. 1 benannten militärischen Objekte handelt, im Einverständnis mit dem zuständigen Kommandanten zulassen.

III.

Abhaltung von Versammlungen.

Art. 12. An Versammlungen dürfen bewaffnete Personen, mit Ausnahme von amtlichen Personen, nicht teilnehmen.

Art. 13. Jede Versammlung muß einen Vorsitzenden haben, der die Versammlung eröffnet, die Beratungen leitet und die Versammlung schließt.

Als Vorsitzender der Versammlung wird der Einberufer so lange angesehen, als er entweder nicht selber die Tätigkeit des Vorsitzenden einer anderen Person überträgt oder die Versammlung nicht den Vorsitzenden mit seinem Einverständnis gewählt hat.

Art. 14. Der Vorsitzende der Versammlung ist für den Verlauf der Versammlung verantwortlich und ist ferner verpflichtet, über die Beachtung der Vorschriften dieses Gesetzes zu wachen sowie alles zu verhindern, was die Sicherheit, Ruhe und öffentliche Ordnung gefährdet.

Der Vorsitzende hat das Recht, einen Versammlungsteilnehmer aus der Versammlung zu entfernen, sofern er durch sein Verhalten die Beratungen unmöglich macht oder mit Gewalt zu vereiteln sucht.

Wenn die Versammlung sich den Anordnungen des Vorsitzenden, die er in Erfüllung seiner Pflichten nach diesem Gesetz (Abs. 1) trifft, nicht fügt, oder wenn der Verlauf der Versammlung dem Strafgesetz zuwiderläuft, hat der Vorsitzende die Versammlung aufzulösen.

Art. 15. Die Behörde kann zu jeder Versammlung ihre Vertreter delegieren.

Der der Versammlung beimohnende Vertreter der Behörde ist verpflichtet, sich dem Vorsitzenden gegenüber über seine Delegation auszuweisen.

Der Vertreter der Behörde erhält einen Platz nach seinem Ermessen, wobei der Vorsitzende verpflichtet ist, ihm auf Anforderung Informationen über die Person der Redner und Antragsteller sowie über den Inhalt der angemeldeten Anträge und Resolutionen zu erteilen.

Art. 16. Der Vertreter der Behörde hat das Recht, die Versammlung aufzulösen, sofern die im Art. 14 vorgesehenen Umstände eintreten und der Vorsitzende die ihm auferlegten Pflichten nicht erfüllt oder der Forderung des Vertreters der Behörde zur Auflösung der Versammlung nicht nachkommt, oder trotz Erledigung der Tagesordnung die Versammlung nicht schließt.

Der Auflösung einer Versammlung hat eine Warnung vorzuzugehen.

Art. 17. Jeder Versammlungsteilnehmer ist verpflichtet, den Anforderungen und Anordnungen des Vorsitzenden der Versammlung (Art. 14) bezw. des Vertreters der Behörde (Art. 16) Folge zu leisten.

Mit dem Augenblick der Schließung oder Auflösung der Versammlung haben sich die Teilnehmer unverzüglich zu zerstreuen.

IV.

Zusammenkünfte.

Art. 18. Nichtöffentliche Zusammenkünfte sind:

- Zusammenkünfte von Personen, die dem Einberufer oder dem Vorsitzenden der Zusammenkunft bekannt sind und die in Lokalen stattfinden,
- Zusammenkünfte von Mitgliedern legal bestehender Vereinigungen, die in Lokalen stattfinden.

Art. 19. Zusammenkünfte bedürfen weder einer Anmeldung bei der Behörde noch einer Genehmigung dieser Behörde.

Art. 20. Vertreter der Behörden (Art. 4) dürfen zu Zusammenkünften nicht delegiert werden.

Im Falle der Kenntnisnahme, daß die Zusammenkunft den im Art. 18 bezeichneten Rahmen überschreitet, dürfen die Organe der öffentlichen Sicherheit zwecks Feststellung dieser Umstände das Lokal, in dem die Zusammenkunft stattfindet, betreten und für den Fall der Feststellung solcher Überschreitungen die Zusammenkunft auflösen.

Die öffentlichen Sicherheitsorgane sind zum Betreten des Lokals und zur Auflösung der Zusammenkunft verpflichtet, wenn Zweck und Verlauf der Zusammenkunft im Widerspruch zum Strafgesetz stehen oder die Sicherheit, Ruhe und öffentliche Ordnung gefährden.

Die Bestimmungen des Art. 17 finden entsprechende Anwendung auf die Zusammenkünfte.

V.

Tagungen.

Art. 21. Tagungen werden als öffentliche Versammlungen oder Zusammenkünfte, je nach ihrem Charakter, angesehen. (Art. 2, Abs. 1, Art. 18.)

Art. 22. Anmeldungen von Tagungen mit dem Charakter öffentlicher Versammlungen nimmt entgegen, bezw. erteilt Genehmigung:

- die Kreisbehörde der allgemeinen Verwaltung für alle zur Tagung Delegierte aus dem Gebiete eines Kreises erscheinen,
 - die Wojewodschaftsbehörde der allgemeinen Verwaltung für alle anderen Tagungen des Landes.
- Ueber die territoriale Zuständigkeit entscheidet der Ort der Tagung.

Art. 23. Alle internationalen Tagungen bedürfen der Genehmigung.

Eine internationale Tagung im Sinne des Gesetzes ist jede Tagung, die durch ausländische Organisationen einberufen wird,



Bergheil!

oder auch eine Tagung, die durch eine inländische Organisation einberufen wird und zu der Vertreter ausländischer Organisationen, mit dem Recht der Vertretung dieser Organisationen und der Mitwirkung an Resolutionen und Beschlüssen erscheinen.

Die Genehmigung erteilt der Innenminister im Einverständnis mit dem Außenminister.

VI.

Wahlversammlungen.

Art. 24. Versammlungen, die gelegentlich der Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften und öffentlich rechtlichen Korporationen in den Wahlgebieten vom Tage der Ausschreibung der Wahlen bis zum Wahltag zwecks Besprechung von Wahlangelegenheiten und Kandidaturen einberufen werden, erfordern, soweit sie unter freiem Himmel stattfinden, nur die Anmeldung bei der zuständigen Behörde. (Art. 6 Abs. 1.)

Wahlversammlungen in Lokalen erfordern keine Anmeldung.

Diese Versammlungen unterliegen jedoch allen Vorschriften des Gesetzes.

VII.

Strafbestimmungen.

Art. 25. Wer:

- unrechtmäßig einen Platz einnimmt oder sich weigert, diesen, bezw. das Lokal zu verlassen, über den eine andere Person als Einberufer oder Vorsitzender der Versammlung rechtmäßig verfügt,
- eine Versammlung, Tagung oder Zusammenkunft unter Verletzung der Vorschriften der Abschnitte II, IV oder V einberuft,
- eine durch die Behörde verbotene Versammlung, Tagung oder Zusammenkunft leitet,
- eine Versammlung, Tagung oder Zusammenkunft nach Auflösung durch den Vorsitzenden oder den Vertreter der Behörde leitet,
- zum Verlassen der Versammlung aufgefordert worden ist und der Aufforderung nicht Genüge leistet (Art. 14) oder nach der Auflösung der Versammlung den Ort der Versammlung nicht verläßt (Art. 14, 16, 17),
- an Versammlungen entgegen den Vorschriften des Art. 12 teilnimmt,

unterliegt, sofern die begangene Tat nicht einer strengeren Bestrafung im Sinne anderer Vorschriften unterliegt, einer Geldstrafe bis zu 1000 Zloty oder einer Arreststrafe bis zu sechs Wochen.

Alle anderen Überschreitungen der Bestimmungen dieses Gesetzes unterliegen einer Geldstrafe bis zu zwei Wochen.

Zur Verhängung der Strafen sind die Kreisbehörden der allgemeinen Verwaltung berufen.

VIII.

Uebergang- und Schlußbestimmungen.

Art. 26. Die Angelegenheit der Einberufung, Leitung und Teilnahme an Versammlungen und Zusammenkünften durch militärische Personen regelt eine Verordnung des Kriegsministers im Einverständnis mit dem Innenminister.

Art. 27. Die Vorschriften dieses Gesetzes finden keine Anwendung:

- auf allen Arten von Versammlungen, die in Ausführung gesetzlicher Vorschriften oder durch die zuständigen Behörden und öffentlichen Ämter einberufen werden,
- auf religiöse Versammlungen und Umzüge, die von rechtlich anerkannten Religionsverbänden veranstaltet werden, sofern sie in einer Form stattfinden, die durch Tradition feststeht oder in der Urkunde vorgehoben ist, durch die die betreffende Konfession anerkannt wird, sowie auf Hochzeits-, Begräbnis- und Pilgerzüge,
- auf Versammlungen und Zusammenkünften gesellschaftlicher und familiärer Art und von Schulen,
- auf im Lokal stattfindende Vergnügungszusammenkünfte,
- auf akademische Versammlungen und Zusammenkünfte, die auf dem Gelände der Hochschulen oder anderer höherer Schulen, die die Berechtigung von Hochschulen besitzen, stattfinden. Sofern die im Punkt b, c und d benannten Versammlungen die Sicherheit, Ruhe und öffentliche Ordnung gefährden könnten, kann die Behörde entsprechende Anordnungen herausgeben.

Art. 28. Dieses Gesetz berührt in keiner Weise:

- die Beschränkungen, die sich aus den das Sanitäts-, Bau-, Feuer- und Wegwesen betreffenden Vorschriften ergeben,
- die bezüglich der Beschränkung von Militärpersonen an der Teilnahme im öffentlichen und politischen Leben ersplichenden Rechtsbestimmungen,
- die Bestimmungen der Art. 82 und 164 der polnisch-deutschen in Genf am 15. Mai 1922 (Dz. U. R. P. Nr. 44, Besf. 371) über Oberösterreich geschlossenen Konvention.

Art. 29. Die Ausführung dieses Gesetzes (bezgl. Art. 11, Abs. 2) wird dem Innenminister, im Einverständnis mit dem Kriegsminister, bezgl. Art. 26 dem Kriegsminister im Einverständnis mit dem Innenminister übertragen.

Art. 30. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft und gilt auf dem gesamten Gebiete der Republik Polen.

Gleichzeitig treten außer Kraft:

- die russischen und einseitigen Vorschriften über Versammlungen vom 4.-17. März 1906 — Zusatz zu Art. 115 des Gesetzes betr. Verhütung und Unterdrückung von Uebertretungen, enthaltend im Band XIV der russischen Gesetzesversammlung,
- die Verordnung des Generalkommandos der Ostgebiete vom 25. Mai 1919 betr. Versammlungen — Dz. U. 3. C. 3. W. Nr. 5, Besf. 30,
- das österreichische Gesetz betr. Versammlungen vom 15. November 1867 — Oester. Ges.-Bl. Nr. 135,
- die Bestimmungen der §§ 1, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19 und 20 des deutschen Vereinsgesetzes vom 19. 4. 1908 — Reichsgesetzblatt Seite 151 betr. Zusammenkünfte und Versammlungen,
- das Gesetz vom 5. August 1922 betreffend die Freiheit von Wahlversammlungen — Dz. U. R. P. Nr. 66 Besf. 495 sowie alle anderen Vorschriften betreffend Zusammenkünfte und Versammlungen.

Herriots Besprechungen in Paris

Paris. Ministerpräsident Herriot, der am Sonnabend vormittag aus Lausanne nach Paris zurückgekehrt war, berichtete noch am Sonnabend dem Staatspräsidenten über den Stand der Verhandlungen in Gené und Lausanne. Am Sonntag vormittag empfing Herriot den Präsidenten des Finanzausschusses, Malvy, und anschließend die Präsidenten der Auswärtigen Ausschüsse von Kammer und Senat. Hierauf berichtete Herriot noch einmal dem Staatspräsidenten eingehend über die Haltung, die Frankreich in Gené und Lausanne einnehmen wird. Herriot fuhr Sonntagabend in Begleitung des Kriegsministers und seiner engeren Mitarbeiter nach Lausanne zurück. Man glaubt allgemein, daß der Reichkanzler dem französischen Ministerpräsidenten eine ganze Reihe wirtschaftlicher Kompensationen für einen Verzicht Frankreichs auf Reparationen anbieten werde.

Rundfunk

Kattowitz — Welle 408,7

Dienstag, 12,20: Schallplatten. 17: Sinfoniekonzert. 18: Vortrag. 18,20: Tanzmusik. 19,45: Vortrag. 20,01: Konzert. 22,05: Schallplatten.

Warschau — Welle 1411,8

Dienstag, 12,45: Schallplatten. 15,10: Verschiedenes. 17: Konzert. 18: Vortrag. 18,20: Tanzmusik. 19,15: Verschiedenes. 20: Konzert. 22,50: Feuilleton. 21,10: Konzert und Tanzmusik.

Stettin Welle 252.

Breslau Welle 325.

Dienstag, den 28. Juni. 6,20: Konzert. 10,10: Schulfunk. 11,50: Konzert. 13,05: Schallplatten. 16: Kinderfunk. 16,30: Lieder. 16,50: Konzert. 17,20: Vorlesung. 17,50: Pando. Preisbericht und Das Buch des Tages. 18,10: Vorträge. 19: Wetter und Schlesische Kulturwoche. 20,50: Abendberichte. 21: Konzert. 22,20: Zeit, Wetter, Presse, Sport. 22,35: Studenten treiben Sport. 22,50: Tanzmusik.

Veranstaltungskalender

Achtung! Genossinnen und Genossen der Partei, Gewerkschaft und Kulturvereine!

Die Freie Turnerschaft Krol.-Guta feiert am 2. und 3. Juli d. Js. ihr

25. Jubiläums-Fest

unter Mitwirkung der Arbeitersportler Deutsch- und Polnisch-Oberschlesiens.

Am Sonnabend, den 2. Juli Festakademie im großen Saale des Volkshauses Krol.-Guta, ul. 3. Maja 6. Beginn 7,30 Uhr.

Sonntag, den 3. Juli, vorm. 8 Uhr leichtathletische Wettkämpfe am Sportplatz der Freien Turnerschaft, ul. Mickiewicza Ecke ul. Barsa.

Am 14 Uhr Festumzug vom Volkshausgarten durch die Stadt.

Am 15 Uhr Festkonzert verbunden mit turnerischen Vorführungen auf dem Sportplatz der Freien Turner.

Am 17,30 Uhr Handballspiel Arb.-Sportverein „Wader“ Hindenburg gegen Freie Turnerschaft Krol.-Guta.

Am 18,30 Uhr Handballspiel Arb.-Sportverein „Eiche“ Hindenburg gegen „Vorwärts“ Bielitz.

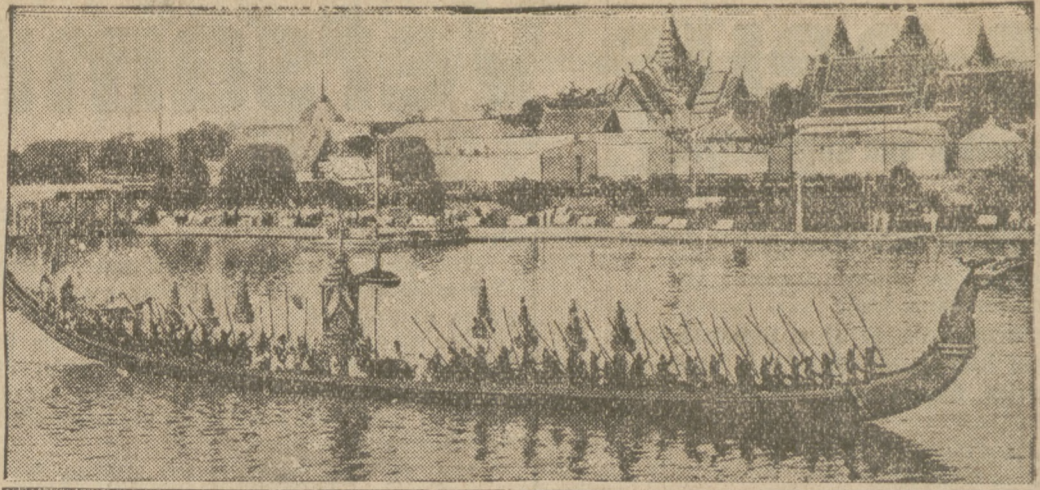
Am 19,30 Uhr großer Festball im Saale des Volkshauses.

Alle werden ersucht, am 2. und 3. Juli ihre Ausflüge und Wanderungen so einzurichten, daß sie an der Sportveranstaltung in Königshütte teilnehmen.

Festbeitrag für beide Tage 50 Groschen. Tanz extra.

Es ladet höflichst ein

Das Festkomitee.



Zu der Staatsumwälzung in Siam

Oben: Ein Bild von den prunkvollen Feierlichkeiten, die erst im Frühjahr dieses Jahres anlässlich der 150 jährigen Regierungszeit des siamesischen Königshauses in Bangkok veranstaltet wurden. Die von 80 Matrosen geruderte Königsgondel gleitet den Menam-Fluss hinab. Im Hintergrund das Königsschloß. — Unten links: Der Eingang zum Haupttempel der Königstempelstadt in Bangkok. Marmor, Teakholz und Perlmutt vereinen sich hier zu einem architektonischen Meisterwerk, das von sorgsam beschnittenen Zierbäumen malerisch umfaunt wird. — Unten rechts: Siamesische Tempeltänzerinnen, die wegen ihrer bizarren Grazie in der ganzen Welt berühmt sind. Sie sind alle fürstlichen Geblüts. — In Siam brach wegen der schlechten Wirtschaftslage des Landes eine Revolution aus, die anscheinend den König, der bisher als absoluter Herrscher regiert hatte, dazu zwingen wird, dem Lande eine neuzeitliche Verfassung zu geben.

Arbeiter-Sängerbund.

Unsere Ortsvereine werden ersucht, an der am 2. und 3. Juli stattfindenden Jubelfeier des Königshütter Arbeiter-Turnvereins teilzunehmen. Das Programm für diese Veranstaltung war bereits im „Volkswille“ veröffentlicht. Um jedoch Irrtümern vorzubeugen, werden wir dasselbe in den nächsten Tagen durch Rundschreiben den Vorstehenden nochmals übermitteln.

Einen Sonntag später veranstaltet der Laurahütter Gesangsverein sein diesjähriges Gartenkonzert. Alle Bruder-Chöre können die Teilnahme an diesem Konzert praktischweise mit einem ganztägigen Ausflug nach dem idyllischen Bienhospark verbinden. Wir erwarten stärkste Beteiligung von Seiten der Sängerschaft.

Am 31. Juli findet, gemäß dem Beschluß der letzten Bundesvorstandssitzung, ein Bundes-Ausflug nach dem schönen Emanuelstegen statt. Auch an diesem Tage soll praktische und nützliche Arbeit geleistet werden, indem wir dem dortigen Männerchor bei Abhaltung seines Gartenfestes, in der Ausgestaltung des Programms behilflich sind.

Sangesgenossen, prägt euch die Daten ein und seid euch immer dessen bewußt, daß wir die Masse repräsentieren und auch demgemäß immer in Massen auftreten müssen! Folgt dem Ruf, der an euch ergeht! Freundschaft!

Freie Radfahrer Königshütte!

Programm der Ausfahrten für den Monat Juni.

Am Mittwoch, den 29. Juni, Peter und Paul: Fahrt nach Bija. Abfahrt 6 Uhr früh.

Turisten-Verein „Die Naturfreunde“.

29. Juni: Oparamühle. Abmarsch früh 5 Uhr vom Volkshaus. Führer Göhe.

Bismarckhütte. (Öffentliche Versammlung.) Die D. S. A. P. und P. P. S. veranstalten am Donnerstag den 30. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Saale von Brzezina eine öffentliche Versammlung, zu welcher auch alle Gewerkschaftler und Arbeitslosen eingeladen sind.

Knurow-Kriewald. (D. S. A. P. und P. P. S.) Die öffentliche Versammlung findet am 28. Juni, nachmittags 4 Uhr, bei Miernil in Kriewald statt. Referenten sind die Genossen Abg. Rowoll und Janta.

Schriftleitung: Johann Rowoll; für den gesamten Inhalt und Inserate verantwortlich: Karl Bielorz, Murcki. Verlag und Druck: „VITA“, nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, ul. Kościuszki 29.

ETIKETTEN

für Biere, Weine, Spirituosen und Fruchtsäfte, in verschiedenen Stanzmustern und Papiersorten Ausführung in Ein- und Mehrfarbendruck. Man verlange Druckmuster u. Vertreterbesuch

VITA NAKŁAD DUKARSKI
KATOWICE, KOŚCIUSZKI 29 - TELEFON 2097

Soeben erschien
HERMANN SUDERMANN

LEINEN NUR

7.70

ZŁOTY

KATTOWITZER BUCHDRUCKEREI UND VERLAGS-SP. AKC., 3 MAJA 12

FRAU SORGE

Neue billige, ungekürzte Ausgabe

MODELLIER BOGEN

Burgen, Flugzeuge Häuser, Automobile Krippen u. Mählen

AUSSCHNEIDE BOGEN

in großer Auswahl wie: Puppen, Tiere Soldaten usw. ständig am Lager in der Buchhandlung der

Kattowitzer Buchdruckerei u. Verlags-Sp. A., 3. Maja 12

Der Roman der deutschen Tragödie!
Soeben erschienen:

THEODOR PLIVIER

Der Kaiser ging, die Generale blieben

Ein deutscher Roman

Kartoniert zł 6.25 :: Leinen zł 9.90

Pliviers neuer Roman ist die Fortsetzung seines ersten erfolgreichen Buches „Des Kaisers Kulis“ und zugleich die Ausweitung des Themas auf die Geschichte der Westfront und der Heimat. Das Werk umfaßt die Zeit von Anfang Oktober 1918 bis zum Abend des 9. November.

Kattowitzer Buchdruckerei und Verlags-Sp. Akc.

Krieg zwischen Sowjetrußland und Amerika!

Soeben erschien in billiger Ausgabe

Floyd Gibbons

Der rote Napoleon

Steif Karton. zł. 5.50

Die unerhört fesselnd geschriebene Utopie einer kriegerischen Verwicklung zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Sowjetrußland aus dem Jahre 1941.

Kattowitzer Buchdruckerei und Verlags-S.A., 3 Maja 12

Soeben erschienen

DIE NEUE STEMPELSTEUER!

Am 18. Mai 1932 trat das abgeänderte Gesetz in Kraft. Wenn Du Dich nicht schwer schädigen willst, orientiere Dich durch die leicht faßliche Broschüre von **Steinhof**, in der alle Erläuterungen und Hinweise sachlich und übersichtlich geordnet sind.

Preis 5 Złoty

Zu haben bei der

KATTOWITZER BUCHDRUCKEREI UND VERLAGS-SPOŁKA AKCYJNA

und in den Filialen der „Kattowitzer Zeitung“ in **Slemianowice, ulica Hutnicza Nr. 2, Telefon Nr. 501** **Mysłowice, ulica Pszczyńska Nr. 9, Telefon Nr. 1057** **Pszczyna, ulica Piastowska Nr. 1, Telefon Nr. 52** **Rybnik, ulica Sobieskiego Nr. 5, Telefon Nr. 1116** **Król. Kuta, ulica Stawowa Nr. 10, Telefon Nr. 483**

Trauerbriefe

liefert schnell und sauber die Geschäftsstelle dieser Ztg.